Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Lerchenfeldstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr. || Der Anzeigenpreis beträgt 8.— Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1066 46, Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Montag, den 23. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 248**

„Der Feind steht rechts – fort mit dem Achtstundentag!"

(Eigener Drahtbericht.)

Dortmund, 22. Oktober.

Die „Westfälische Arbeiterzeitung" ist in der Lage, einen Brief des Schwerindustriellen Thyssen zu veröffentlichen, den dieser am 14. Oktober an den Reichskanzler Dr. Wirth geschrieben hat. In dem Brief erhebt die Schwerindustrie die Forderung: „Fort mit dem Achtstundentag!" Wörtlich heißt es in dem Dokument:

„... Das unglücklichste, das uns die Revolution bringen konnte, ist die unterschiedslose Einführung des Achtstundentages. ... Es ist mir unfaßbar, wie Herr Reichspostminister Giesberts dieser Tage noch in einer öffentlichen Versammlung behaupten konnte, man müsse unbedingt am Achtstundentag festhalten, nachdem selbst ein Teil der sozialdemokratischen Führer erklärt hat, es gehe so nicht weiter ... Retten kann uns nur eine größere Gütererzeugung. Um diese zu erreichen, müssen wir eine größere Arbeitsleistung erzielen, die ihrerseits nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erlangen ist. ... Daß wir, die wir die Arbeit am allernotwendigsten haben, deshalb nicht länger säumen dürfen, wieder zur alten Arbeitszeit zurückzukehren, ist für mich eine unumstößliche Ueberzeugung. ... Daß es ohne Kampf nicht abgehen wird, darüber bin ich mir klar. Aber wir müssen den Kampf einmal durchfechten, und je eher es geschieht, um so mehr können wir noch retten ...."

*

Im Reichstage sang am Freitag Herr Stresemann als Sprecher der in der Deutschen Volkspartei organisierten Schwerindustriellen das hohe Lied von Eberts nationalen Tugenden. Demokraten, Zentrum und die Volkspartei fanden scharfe Worte nach rechts und die Sozialdemokratie machte ihr übliches Wortgedonnere gegen die Monarchisten. Im Preußischen Landtag hat Herr Severing in dieselbe Kerbe gehauen. Wir hören wieder einmal den Alarmruf: Der Feind steht rechts!

Der Umschwung von der allgemeinen Kommunistenhatz aus Anlaß der blutigen Orgeschdemonstration am Zirkus Busch zur Fronstellung aller Koalitionsparteien einschließlich der Stinnespartei zum Kampf gegen rechts, konnte für den ersten Moment überraschen. Durch den Brief Thyssens an den Reichskanzler löst sich das Geheimnis. Die Großbourgeoisie fühlt sich durch das Treiben der Monarchisten in der Durchführung ihres Aufbauprogramms gestört. Stinnes, Thyssen und Konsorten haben noch wichtige Aufgaben zu lösen. Herr Thyssen will die alte Arbeitszeit! In Thyssens Reich war früher die normale zwölfstündige Schicht üblich; dazu kamen Ueberstunden und Ueberschichten, so daß wöchentliche Arbeitsleistungen von 70 bis 80 Stunden, ja sogar bis 90 Stunden, für manche Arbeiter heraskamen. Diesen Zustand wieder herbeizuführen, das ist die Sehnsucht der Thyssen- und Stinnesleute. Man will deshalb, ungestört von monarchistischen Putschereien, nun bald den Achtstundentag über den Haufen rennen. Man will alle Kräfte der Bourgeoisie bereitstellen für die weitere Verminderung des Reallohnes, für noch schärfere Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung durch Preissteigerung und erhöhte Steuerlasten.

Immer breitere Schichten nicht nur der Arbeiterschaft, der Beamten und Angestellten, sondern auch des Kleinbürgertums, erkennen mehr und mehr, daß die Koalitionspolitik sie nicht vor weiterer Verelendung schützen kann und nicht schützen will. Schon macht sich ein Schwanken in der deutschnationalen Mitläuferschaft bemerkbar. Die Teuerungsbewegung, die von den Kontrollausschüssen und den Betriebsräten getragen wird, übt sichtbar eine wachsende Anziehungskraft auf die Mitglieder der Sozialdemokratie und den sich bisher passiv verhaltenden Gewerkschaftern aus; Zentrumsarbeiter schließen sich ihr an; Kleinbürger befreunden sich mit ihr. Damit erwächst eine Gefahr für die Stinneskoalition und auch für die deutschnationalen Hetzergruppen. Daher ihr erhöhter Eifer, um durch Demonstrationen, um durch wüstes Geschimpfe auf die Wirthregierung, um durch eine neue Kommunistenhatz die Aufmerksamkeit der von der Räubernolitik der Agrarier und des Großkapitals Bedrohten abzuwenden. Daher der Versuch, Krawalle zu inszenieren, um dann das Proletariat von der Stinnesrepublik blutig niederschlagen zu lassen.

Wenn auch die Thyssen, Stinnes und die mit ihnen verbündeten Sozialdemokraten vor einer solchen Aufgabe nicht zurückschrecken, so empfinden sie die Beunruhigung durch die monarchistischen Wühlereien doch als eine Störung ihres „friedlicheren" Planes zur Knebelung des Proletariats. Sie wollen ihn durchführen mit Hilfe der Gewerkschaftsbureaukratie und der VSPD. Genau wie die Deutschnationalen und die feudalen Großgrundbesitzer haben die Koalitionsparteien jetzt das Bedürfnis, die Aufmerksamkeit der werktätigen Bevölkerung von den sie bedrohenden Gefahren abzulenken. Vor allem soll die eingeleitete Bewegung zur Bildung von Kontrollausschüssen und zur Organisation der Betriebsräte gehemmt, wenn möglich, sogar vollständig zerstört werden. Auch will man gerne jene Schicht aus dem Kleinbürgertum und dem ehemaligen Mittelstande, die sich später von der proletarischen Bewegung gegen die Wucherei und Preistreiberei angezogen fühlt, wieder in den Strom der nationalen Mitläuferschaft hineinstoßen. Die neuen Mordpläne erscheinen dazu als ein passendes Mittel. Das Geschrei über die Gefahren, die dem Vaterlande durch wahnwitzige Attentäter drohen, soll die politisch noch nicht klaren Proletarier und Kleinbürger erschrecken, soll sie politisch ablenken, soll sie in die Gefolgschaft der Koalitionsparteien bringen.

Wenn Stresemann als Sprecher der Stinnes, Thyssen und Konsorten gleichfalls die Parole: „Der Feind steht rechts!" zum Kampfruf erhebt, dann tut er das mit der Absicht, um durch die Erhaltung Eberts auf dem Throne der Republik und durch die Unterstützung der Regierungskoalition die Beseitigung des Achtstundentages für die Großindustrie zu erkaufen. Wenn die monarchistische Stinnespartei mit Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für den Bestand der republikanischen Staatsform eintreten, so ist ihr Eintreten für die Republik auf die Formel zu bringen: **Der Feind steht rechts — fort mit dem Achtstundentag!**

Das Proletariat wird auf dem Posten sein, um monarchistische Anschläge abzuwehren, aber es wird sich nicht abhalten lassen, von einem verschärften Kampf gegen die Koalitionspolitik, die mit ihren Auswirkungen den Achtstundentag bedroht, neue Preissteigerungen hervorruft, neue Steuerlasten der werktätigen Bevölkerung aufwälzt.

Volldampf in der Vorbereitung zu entschiedenem Abwehrkampf, erhöhte Aktionsbereitschaft, das ist die Antwort, die das Proletariat den hinterhältigen Plänen der Koalitionsbrüder und Orgeschbanditen zu erteilen hat.

Vor einem Riesenkampf der Metallarbeiter in Rheinland-Westfalen

(Eigener Drahtbericht.)

Düsseldorf, 21. Oktober.

Nach einem Beschluß der Lohnkommission und der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Rheinland-Westfalen, dem sich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften angeschlossen haben, soll Dienstag, den 24. Oktober, in allen Betrieben der Nordwestdeutschen Industriegruppen der Metallindustrie eine Urabstimmung über den neuen Schiedsspruch stattfinden. Die Metallarbeiter erhielten bisher einen durchschnittlichen Stundenlohn von 79 Mk. Der Schiedsspruch sieht eine Lohnerhöhung von 15 bis 20 Mark vor. Bei der wahnsinnigen Preissteigerung, die in Rheinland-Westfalen besonders krasse Formen angenommen hat, können die Metallarbeiter diesem vollkommen ungenügenden Schiedsspruch unmöglich zustimmen. Bei der Urabstimmung über den Schiedsspruch wird er daher zweifellos abgelehnt werden.

*

Der neueste Marksturz und das damit verbundene Emporschnellen aller Lebensmittelpreise auf das Doppelte und Dreifache in wenigen Wochen hat mit einem Schlage die Situation ungemein verschärft. Die bevorstehenden Kämpfe werden im ganzen Reich eine bisher ungewohnte Ausdehnung und Schärfe erfahren, weil es die Unternehmer offenbar auf eine Kraftprobe großen Stils abgesehen haben.

Charakteristisch für den neuesten Vorstoß der Unternehmer ist der vor einigen Tagen von den süddeutschen Metallindustriellen gefaßte Beschluß, ohne Rücksicht auf den Kursstand und die Preissteigerungen alle Forderungen auf Lohnerhöhung abzulehnen. Dieser Beschluß der süddeutschen Metallindustriellen ist selbstverständlich im Einvernehmen mit dem Gesamtverband der deutschen Arbeitgeber gefaßt worden und bedeutet, daß das Unternehmertum entschlossen ist, den Kampf zu führen, um den Reallohn der Arbeiterschaft mit Hilfe der Preissteigerung herunterzudrücken, um damit, wie der Brief Thyssens an den Reichskanzler Wirth beweist, die Arbeiterschaft zur Aufgabe des Achtstundentages und zu der längst geplanten Einführung der zehn- und mehrstündigen Arbeitszeit zu zwingen.

Was die süddeutschen Metallindustriellen bis jetzt nur androhten, wird von der rheinisch-westfälischen Großindustrie jetzt in die Tat umgesetzt. Die Firma Krupp hat sich an die Spitze dieser neuesten Offensivaktion des Unternehmertums gestellt. Sie hat durch die Entlassung derjenigen Funktionäre, die Lohnforderungen stellten, den Streik verschiedener Belegschaften ihres Riesenwerkes provoziert, so daß heute schon weit über 20 Betriebe mit vielen Tausenden Arbeitern des Essener Werkes im Streik stehen.

Schupo gegen die Streikenden bei Krupp

(Eigener Bericht.)

Düsseldorf, 22. Oktober.

Der Streik bei der Firma Krupp in Essen hat sich auf 20 Betriebe ausgedehnt. Die Streiklage ist noch unverändert, da die Firma es bis jetzt ablehnte, in Verhandlungen mit der Arbeiterschaft einzutreten. Die Firma macht Verhandlungen von der Wiederaufnahme der Arbeit abhängig und läßt durch Telegraphenbureaus irreführende Nachrichten verbreiten. Es ist bereits eine Hundertschaft schwerbewaffneter Schupo in Essen zur Bewachung der Kruppwerke eingetroffen.

Die Düsseldorfer Transportarbeiter sind Sonnabend morgen in den Streik getreten. Beteiligt sind die Hafen-, Speditions- und Schrottarbeiter.

Die Kreistagswahl in Sangerhausen

Sangerhausen, 22. Oktober.

Von der heute hier stattgefundenen Kreistagswahl liegt das Resultat aus 43 von 75 Orten vor. Die Kommunisten erhielten 4017, die VSPD. 4041, die bürgerliche Mitschmasch-Liste 3325, und der Bauernbund 562 Stimmen. Ein genaues Bild über das endgültige Ergebnis kann man sich noch nicht machen. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach und betrug nur 50 bis 60 Prozent. Hierin drückt sich die Enttäuschung der Bevölkerung über die Hilflosigkeit der Parlamente und nicht zuletzt über die Praxis des früheren USPD.-Landrats Kalparek aus.

Lloyd Georges Ende

Nach einer Regierungszeit von 17 Jahren, in der er stets an hervorragender Stelle, zuerst als Handelsminister, dann als Schatzkanzler, im Kriege als Munitionsminister, und schließlich nach dem Sturz von Asquith seit 1916 als Premier die Politik seines Landes bestimmt hat, ist Lloyd George am Donnerstag gestürzt worden. Mit 186 gegen 87 Stimmen haben die Konservativen nach einer Rede des damit in die aktive Politik zurückkehrenden Bonar Law beschlossen, als unabhängige konservative Partei in den bevorstehenden Neuwahlen aufzutreten. Die unionistisch-liberale Regierungskoalition, auf die Lloyd George sich seit fast sieben Jahren gestützt hat, ist damit gesprengt: er muß abtreten.

Die englische Geschichte wird, wenn sie — was unwahrscheinlich — in 50 oder 100 Jahren von der heute noch herrschenden Klasse geschrieben werden sollte, Lloyd George neben und mit Chatam als den großen Mehrer des Reichs preisen. Er hat das Gebäude vollendet, zu dem vor 170 Jahren in den gewaltigen Handelskrisen mit Frankreich der ältere Pitt den Grundstein gelegt hat: das englische Imperium. Der Laienprediger des Christeniums, auf dessen pazifistische Jugendsünden die Ebert und Hilferding die deutsche Außenpolitik gegründet haben, hat im blutigsten aller Kriege die Verbindung vom Kapp bis nach Kairo hergestellt; er hat den Landweg nach Indien über Vorderasien gesichert. Die Flagge Großbritanniens herrscht heute über die Meere. Er hat die irische Frage für England um den Preis des Bürgerkrieges mit Moskemethoden gelöst. Aber die Vollendung des imperialistischen Machtstrebens selbst hat seine Grenzen aufgezeigt. Nicht nur deshalb, weil in den Vereinigten Staaten sich ein Mächtigerer über England gestellt hat; der Sieg des Imperialismus enthüllt auch innerhalb des englischen Imperiums nun die Keime der Zersetzung, des Zerfalls.

Der Sieg, der den englischen Imperialisten Ellbogenfreiheit und dem Volke Wohlfahrt bringen sollte, hat die schwerste Krise gebracht, die bisher über das klassische Land der kapitalistischen Krisen dahingegangen ist. Seit mehr als 1½ Jahren stockt trotz mancher Schwankungen die Produktion der wichtigsten Industriezweige, wie z. B. beim Schiffbau. Der Außenhandel ist empfindlich zurückgegangen. 1½ Millionen Arbeitslose können heute über die großen Erfolge des größten englischen Staatsmannes der Neuzeit nachdenken. Und die Lage der arbeitenden Proletarier ist, nach den mit Hilfe Lloyd Georges verlorengegangenen Streiks erbärmlicher als je zuvor. Statt Frieden und Wohlfahrt zu sichern, hat der Ausgang des Krieges die englische Wirtschaft erschüttert, die Klassengegensätze aufs äußerste zugespitzt.

Versailles, sein diplomatisches Meisterwerk, mußte Lloyd George selbst in Trümmer schlagen als den untauglichen Versuch, die Weltwirtschaft auf kapitalistische Weise wieder aufzubauen. Er, der den Kaiser bei den Kakhi-Wahlen 1919 hängen wollte, war der erste, der ihn laufen ließ. Er, der zusammen mit Frankreich den Boche zahlen lassen wollte, geriet mit dem Partner in die Haare über die Methode und das Maß der imperialistischen Ausplünderung der werktätigen Massen Deutschlands.

Die sich zuspitzenden Konflikte mit Frankreich in der Reparationsfrage enthüllten nicht nur die wachsende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze zwischen den Kriegsverbündeten. Sie waren nur Symptome und Auswirkungen der dauernden Niederlage der ganzen Außenpolitik Lloyd Georges, der Politik des Weltrichtertums, der Weltführung durch den Imperialismus Englands.

Er wurde geschlagen von Sowjet-Rußland. Die Kriegszüge der Weißen Garden, angestiftet und finanziert von der englischen Regierung, scheiterten an dem Heldentum der russischen Arbeiter und Bauern. Genua, der Versuch zur friedlichen Durchdringung Räte-Rußlands, wurde zum Mißerfolg, weil die Einsüchterungsmethoden Lloyd Georges, die auf Wirth, Hilferding und Ebert entscheidenden Eindruck machten, an den Vertretern des proletarischen Staates wirkungslos abprallten. Und eben erst hat die Sowjetregierung durch die Nichtbestätigung des Urquhart-Vertrages bewiesen, daß sie noch Machtmittel genug hat, um selbst den englischen Imperialismus zum Nachgeben zu zwingen.

Er wurde schließlich geschlagen und gestürzt durch den Sieg der türkischen Volksarmee über die griechischen Söldner des englischen Imperialismus. Die erfolgreiche Rebellion der anatolischen Bauern, die mit französischen Geschützen die englische Politik schlugen, hat nicht nur die furchtbare Nähe eines neuen imperialistischen Weltkrieges aufgezeigt, sie hat vor allem den herrschenden Schichten Englands die gewaltige Gefahr gezeigt, die die Millionen unterdrückter Moslems für die britische Weltwirtschaft bedeuten. Der Sieg der Türken hat den Abgrund dort aufgerissen, wo der Erfolg Lloyd Georges am größten zu sein schien: in Vorderasien und Mesopotamien, der Landverbindung nach Indien. Und nur notdürftig konnte Lloyd George den Abgrund überbrücken, indem er den Türken Ostthrazien zurückgab und den Vertrag von Sèvres selbst in Stücke schlug.

Der Vollender des englischen Imperialismus fällt über den ersten Ansturm der Unterjochten gegen das Imperium. Er fällt nicht, weil er, der patentierte Pazifist, zum Schwerte greifen wollte, um die „Freiheit der Meerengen" zu verteidigen, sondern weil sein Schwert stumpf geworden, weil er geschlagen worden ist.

Der schönste Staatsmann Europas hinterläßt bei seinem Sturz innen- und außenpolitisch ein Trümmerfeld. Darum ist sein Ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0001

gang, der sich in den traditionellen Formen eines englischen Ministerwechsels vollzieht, mehr als nur ein politisches Ereignis. Er ist der Versuch der Liquidierung des Krieges und seiner auch für England verheerenden Folgen — noch nicht mit dem Mittel der proletarischen Revolution, sondern durch das tastende Aufsuchen neuer Auswege; Auswege, die ebenso in die Sackgasse führen müssen, wie die Politik Lloyd Georges, deren Mißerfolg ja nicht der Mißerfolg einer Person ist, sondern in letzter Linie in den Widersprüchen des englischen Imperialismus selbst begründet ist.

An diesen Widersprüchen muß auch der neue Premier Bonar Law scheitern. Mag er, mit Poincaré im Bunde in der Reparationsfrage schärfer gegen Deutschland vorgehen: er wird bei dem Widerstreit der englischen und französischen Interessen in Mitteleuropa mit dem imperialistischen Instrument von Versailles den Wiederaufbau der Wirtschaft so wenig fördern, wie es in 13 Konferenzen Lloyd George verstanden hat. Mag er, wie er es in der „Times" vor wenigen Tagen angekündigt hat, die englische Politik von Europa loslösen, um sich auf Asien zurückzuziehen, er wird die Kolonialkonflikte mit Frankreich, mit den unterjochten Völkern, nur verschärfen.

Für Ebert-Deutschland ist die Niederlage Lloyd Georges die Niederlage der Außenpolitik. Die von Hilferding inspirierte äußere Politik hat das Pech, stets auf das schlechteste Pferd zu setzen. Sie hat auf den Pazifismus Lloyd Georges vertraut und dabei alle Vorteile des Rapallo-Vertrages sich aus der Hand winden lassen. Jetzt gerät sie nach dem Ende Lloyd Georges nicht nur in eine noch größere Abhängigkeit als bisher vom französischen Imperialismus. Sie gerät auch in Rußland selbst ins Hintertreffen, nachdem Poincaré die Beziehungen mit der Sowjetregierung aufgenommen hat. Vergeblich bemüht sich Herr Wirth jetzt endlich, den Rapallo-Vertrag auch auf die übrigen Sowjetrepubliken auszudehnen. Die Verteidigung der Unabhängigkeit der georgischen Menschewisten durch die deutschen Sozialdemokraten muß das deutsche werktätige Volk mit einer neuen außenpolitischen Niederlage bezahlen.

In England beginnt die Krise erst. Neuwahlen stehen bevor. Große Aufgaben erwachsen den britischen Arbeitern. Die überkommenen bürgerlichen Parteien sind zersetzt. Die Liberalen und Konservativen sind in Anhänger und Gegner Lloyd Georges gespalten. Die Wahlen, in die die Arbeiterpartei mit 400 Kandidaten eintritt, werden ihr große Erfolge bringen. Die Möglichkeit der Regierungsteilnahme ist für die Arbeiterpartei gegeben. Sie wird, dem Stande der englischen Arbeiterbewegung entsprechend, voraussichtlich zunächst noch unzulänglich in der Form der Koalition mit den bürgerlichen Parteien in Erscheinung treten. Aber hinter dieser Unzulänglichkeit, die in der Praxis genau so scheitern muß wie die bürgerlich-sozialistische Koalitionsregierung in Deutschland, steht das Problem und die politische Notwendigkeit der reinen Arbeiterregierung. Die Krise in England ist eröffnet. Sie kann — das werden alle Umwege und alle Auswegsversuche nur noch erhärten — nur gelöst werden durch das englische Proletariat im Bunde mit den revolutionären Arbeitern der Welt!

Das Begräbnis des Genossen Pioska

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 22. Oktober.

Zu einer Demonstration gestaltete sich gestern die Beerdigung des am vergangenen Sonntag von der Orgesch ermordeten Genossen Pioska. Bereits am frühen Morgen strömten aus allen Stadtbezirken die Proletarier in großen Scharen nach dem Zentrum Berlins. In einer Stadthalle, nahe dem Alexanderplatz, wo man nur ein gewaltiges Meer von Menschen sah, wurde die Trauerfeier abgehalten. Von hier aus setzte sich dann der Zug in Bewegung; an der Spitze eine Musikkapelle. Ziemlich drei Stunden dauerte der Marsch zum Friedhof. Auf dem Wege dorthin ein langer, unabsehbarer, vorwärtstreibender Wall von Menschen. Die letzte Fahrt des Toten, des neuen Mordopfers der Reaktion, war ein Ruf an die Lebenden, selbst am Leben zu sein: Kämpft für Eure Existenz, für die ganze Arbeiterklasse, nehmt den Kampf für die Befreiung auf!

Auch die Kriegsopfer für den Reichsbetriebsrätekongreß

Eisleben, 22. Oktober.

Die heute hier im „Volksbaus" tagende Unterbezirkskonferenz des „Internationalen Bundes der Kriegsopfer" begrüßt in einer angenommenen Resolution das Vorgehen des Reichsausschusses der Betriebsräte. In dieser Resolution wird von allen Kriegsopfern verlangt, daß sie sich angesichts der mehr und mehr fortschreitenden Verelendung der Kriegsopfer gemeinsam mit den werktätigen Arbeitern, Angestellten und Beamten energisch für den Kongreß einsetzen sollen, um durch ihn ihre Lebensexistenz sicherzustellen. Desgleichen nimmt die Resolution Stellung zu den Polizeimaßnahmen anläßlich der letzten Berliner Vorgänge und fordert sofortige Entlassung der Verhafteten.

Keine Abwehr der Konterrevolution

Durch einen Zufall — die freiwillige Selbstbezichtigung eines Mitwissers — wurden zwei neue politische Mordanschläge, diesmal auf den Reichskanzler Wirth, aufgedeckt. Der Oberreichsanwalt und die politische Polizei sind in Bewegung gesetzt. Eine Anzahl Vernehmungen haben stattgefunden. Der eine Mordplan sollte am letzten Sonntag, der andere gestern zur Ausführung gelangen.

Wirth ist zwar für diesmal gerettet. Die Morddrohung jedoch bleibt. Die Mordorganisationen, deren Existenz der Oberreichsanwalt in Leipzig eben feierlich leugnete, erheben ihr Haupt frecher als zuvor. Derselbe Oberreichsanwalt, der von Sonnabend bis Sonntag vormittag in Berlin weilen muß, um eine in der Angelegenheit des Attentatsplanes gegen den Reichskanzler verhafteten Person und eine ganze Anzahl von Zeugen zu vernehmen. Freilich wird bei dieser Vernehmung nicht viel herauskommen.

Anstatt gegen die Hintermänner der reaktionären Attentäter vorzugehen, betreibt man Kommunistenhetze in allen Schattierungen und anstatt reaktionäre Verschwörer zu verhaften, verhaftet man Kommunisten.

Das Ende der deutschen Finanzhoheit

Neue französische Kontrollforderungen

Die französische Regierung hat der Reparationskommission eine neue Denkschrift zur Reparationsfrage übergeben. Die französische Regierung schlägt den verbündeten Regierungen und der kommenden Konferenz in Brüssel eine Reihe von Kontrollmaßnahmen vor. Diese Kontrollforderungen gehen darauf hin, die letzten Hoheits- und Unabhängigkeitsrechte, die Deutschland noch besitzt, an das Garantiekomitee auszuliefern. Zu diesem Zwecke wird der Sitz des Garantiekomitees nach Berlin verlegt und die Reichsfinanzen scharf durch das Garantiekomitee überwacht. Eine Umgestaltung des deutschen Budgets ist vorgeschlagen, in welches die Reparationszahlungen aufgenommen werden sollen. Das Garantiekomitee hat das Recht, das Minimum der zu erzielenden Einnahmen und das Minimum der Ausgaben festzustellen und eine Erhöhung der Einnahmen vorzuschreiben. Die Reichsbank soll Goldschatzscheine ausgeben, um die Schulden des Reiches zu decken. Die Reichsbank selbst soll unter interalliierte Kontrolle gestellt werden. Die

Vervierfachung des Umlagepreises

Keine Herabsetzung des Preises für den Hausbrand

Berlin, 21. Oktober.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages war gestern ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei angenommen worden, der den Preis für das erste Drittel der Umlage nach dem um 25 Prozent ermäßigten durchschnittlichen Inlandspreis in den Monaten September Oktober berechnen will. Der Preis für ein Markenbrot würde bei Durchführung dieses Gesetzes von 44 auf 450 Mk. steigen. In der heutigen Sitzung erklärte der Reichsernährungsminister Fehr, daß er sich nicht auf den Boden der gefaßten Beschlüsse stellen könnte und äußerte auch gegen den Eventualantrag des Zentrums, der eine Vervierfachung der ursprünglichen Preise vorsieht, Bedenken. Trotzdem wurde ein Zentrumsantrag zum Beschluß erhoben, der den Roggenpreis auf 200 Mk. festgesetzt und damit eine Vervierfachung des Brotpreises herbeiführt. Der Sozialdemokrat Hertz erklärte, daß beide Anträge für seine Partei unannehmbar seien und eine politische Krise hervorrufen müßten. Es wurde noch eine Entschließung des Zentrums angenommen, die eine Herabsetzung der Umlage um 30 bis 40 Prozent nach Prüfung des Ernteausfalls in Betracht zieht. Ferner wurde ein Antrag der Sozialdemokraten angenommen, der für das Umlagegetreide Düngemittel zu verbilligten Preisen bereitstellen will.

•

Nach diesen Beschlüssen ist jetzt ganz klar, was uns droht. Haben die sozialdemokratischen Minister mit zahmer Stimmenthaltung die Verdreifachung des Umlagepreises über sich ergehen lassen und sind auf dem Ministersessel sitzen geblieben, so will die sozialdemokratische Fraktion mit ihren 180 Mandaten auch trotz der Vervierfachung des Preises Regierungspartei bleiben. Die Sozialdemokraten wollen sich überstimmen lassen, um dann mit schöner Geste zu erklären, alles getan zu haben, um eine weitere Steigerung des Brotpreises zu verhindern. Sie wollen nicht an die Gewerkschaften, nicht an die Betriebsräte, nicht an die Volksmassen appellieren.

Soll indessen der neue Raubzug auf die Taschen des Volkes abgeschlagen werden, dann heißt es für die Sozialdemokraten: jetzt heraus aus der Koalition und Auflösung des Reichstages! Sogar der bösterne Dittmann erklärte dieser Tage in einem „Vorwärts"-Artikel, daß sich der Sozialdemokratie die Frage aufdränge: „Ob es nicht besser ist, gegen den sich immer klarer herausbildenden Bürgerblock geschlossen und energisch in Opposition zu treten." Wir fragen öffentlich: Will die Sozialdemokratische Partei auch bei so maßlosem Wucher noch weiter die allgemeine Verantwortung für die Führung der Reichsgeschäfte mit übernehmen? Mit Stimmenenthaltung und Ueberstimmenlassen kann man sich nicht mehr herausreden.

Die agrarischen Forderungen entbehren jeder Berechtigung. Den Junkern wurde für ihre Ernte, von der sie nur einen Bruchteil als Umlage abliefern, ausdrücklich der Preis für die vollen Gestehungskosten des verflossenen Erntejahres zugebilligt. Infolge der zu niedrigen Bemessung der Umlage haben sie bereits tollste Wucherfreiheit. Den Großagrariern geht es so glänzend, daß ihre Bankkonten ins Ungemessene anschwellen, während sie ihre Hypotheken abstoßen.

Die Verelendung der Arbeiterschaft, ja auch die der Angestellten und Beamten nimmt immer krassere, unerträglichere Formen an. Niemand weiß, woher er am Ende der Woche oder in der letzten Hälfte des Monats noch das Geld oder die notwendigsten Nahrungsmittel nehmen soll. Selbst der Sozialdemokrat Hertz mußte ja im Ausschuß erklären: „Die jetzige Situation erfordere selbständige Erfassung der gesamten Inlandsernte. Entscheiden wir uns jetzt nicht dafür, so liefern wir Hunderttausende dem Hungertode aus.

Nun wohlan, wir Kommunisten sind für die Erfassung. Entgegen der durch den Ausschuß vorgeschlagenen Regierungsermächtigung werden wir erneut beantragen, den vollen Ernteertrag, also mindestens 4½ Millionen Tonnen, durch die Umlage zu erfassen. Sollen doch die Sozialdemokraten nach der Bemerkung ihres Abgeordneten Hertz mit uns gemeinsam den Kampf dafür aufnehmen.

In letzter Stunde appellieren wir nochmals an die Gewerkschaften, sich mit allem Nachdruck der neuen Brotpreistreiberei entgegenzuwerfen. Wir fordern die Betriebsräte auf, den werktätigen Massen in den Betrieben vor Augen zu führen, welches neue Unheil ihnen aus den unerwarteten Beschlüssen des Reichstages droht. Noch ist es Zeit, aber auch höchste Zeit, sich aufzuraffen zum Kampf.

•

Die Hausbrandkohle bleibt besteuert

(Eigener Bericht.)

Berlin, 22. Oktober.

Der Reichstag erledigte in seiner gestrigen Sitzung unter sehr großer Interessenlosigkeit seiner Mitglieder eine Reihe von Gesetzesvorlagen. Die Deutschnationalen hatten wieder einmal Agitationsbedürfnis und nahmen einen von der Kommunistischen Partei bereits im März d. J. gestellten Antrag auf Herabsetzung der Kohlensteuer bei Industriekohlen und auf gänzliche Steuerfreiheit der Hausbrandkohle wieder auf. Genosse Eichhorn rieb den Herren Deutschnationalen ihre Demagogie unter die Nase und wies ihnen nach, daß sie vor einem halben Jahr unseren Antrag mit unter den Tisch gestimmt hätten, was uns aber nicht hindere, jetzt für ihren Antrag zu stimmen. Der Sozialdemokrat Löffler sieht die Not des Volkes weniger groß als die Deutschnationalen und empfiehlt, den Antrag abzulehnen. Er erklärt, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie sei durch die Kohlensteuer nicht vermindert. Daß unsere Industrie tatsächlich erst durch die Kulilöhne konkurrenzfähig wird, braucht ein Sozialdemokrat natürlich nicht zu wissen. Auch für die Abschaffung der Kohlensteuer für Hausbrand konnte er sich nicht eindeutig entscheiden, er meinte vielmehr, man müsse die Frage der Beseitigung dieser Steuer mit Vorsicht prüfen. Der Antrag kommt in den Steuerausschuß.

In zweiter Lesung wird eine Gesetzesvorlage angenommen, die die Verlängerung der Zuckerzugabeseit für Weine dieses Jahr bis zum 31. März 1923 festlegt. Den Kapitalisten ist nun wieder einmal Gelegenheit gegeben, ihre Weine zu zuckern. Ob die Proletarier dieses notwendige Lebensmittel brauchen, scheint dem Reichstag gleichgültig zu sein. Bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aenderung der Verordnung über Lohnpfändung stellt sich gelegentlich der Abstimmung über den Antrag, die unpfändbare Lohngrenze auf 180 000 Mk. festzusetzen, die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Die Sitzung wird deshalb auf fünf Minuten unterbrochen. Nach Wiedereröffnung erfolgt in allen drei Lesungen die Annahme eines Gesetzentwurfs betreffs Erhöhung der Entschädigung der Abgeordneten auf 35 000 Mk.

Ausfuhrabgabe ist auf 25 Prozent zu erhöhen und dem Garantiekomitee zur Verfügung zu stellen. Ein Moratorium wird ohne produktive Pfänder nicht gewährt.

Die neuen Forderungen der französischen Regierung übertreffen an Schärfe bei weitem alle bisher dagewesenen. Es zeigt sich ganz klar, daß das Garantiekomitee tatsächlich die größte Machtvollkommenheit in Deutschland besitzt, daß das Abkommen, das die deutsche Regierung in Paris geschlossen hat, die Möglichkeit zu jedem Eingriff für das Garantiekomitee gibt. Während in Deutschland Hilferding herumdoktert und den Goldschatz der Reichsbank für alles mögliche verwenden will, verlangt die französische Regierung Kontrolle über die Reichsbank, Ablösung der schwebenden Schulden durch den Goldschatz, eine Rücklage aus demselben Goldschatz für eine Währungsform und schließlich zum dritten die Verwendung des Goldschatzes zur Deckung nicht aufgebrachter Reparationsverpflichtungen. Ebensowenig wie Hilferding „stabilisiert" natürlich dieser Plan die deutsche Mark.

Merkwürdig ruhig nimmt das Schwerkapital und seine Presse die neuen Forderungen Poincarés entgegen. Als das Stinnes-Lubersac-Abkommen abgeschlossen wurde, da haben wir gehört, daß dieses Abkommen auch günstige politische Folgen haben würde, daß die deutschen Industriellen nunmehr auch eine politische Verständigungspolitik mit Frankreich herbeiführen würden. Die neuen Forderungen der französischen Regierungen für ein Moratorium, die neuerliche Betonung der Notwendigkeit der Besetzung des linken Rheinufers, zeigt ganz klar, daß das französische Schwerkapital seinen Plan, durch die Reparationspolitik das große Eisen- und Kohlenindustriegebiet zu schaffen, noch nicht aufgegeben hat, und daß die deutsche Schwerindustrie ihm dabei außerordentlich behilflich ist.

Die neuen Forderungen des französischen Schwerkapitals sind eine Bedrohung der gesamten Wirtschaft Deutschlands. Aber schuld daran, daß es soweit gekommen ist, ist nur die Politik der Regierung und der Koalitionssozialdemokraten.

Englands Stellung zu den französischen Forderungen

Paris, 22. Oktober.

Der diplomatische Berichterstatter der Agentur Havas teilt mit, daß Sir John Bradbury gestern vormittag der Reparationskommission erklärte, die englischen Hauptein wendungen gegen den französischen Plan richteten sich gegen die Befugnisse, die der Plan dem Garantieausschuß gebe und die England als dem Zahlungsplan vom 21. Mai entgegenstehend betrachte, da dieser dem Ausschuß nicht gestatte, sich in die deutschen Verhältnisse einzumischen. Die Verhandlungen gehen am Montag weiter.

•

Der Widerstand, den England mit seinem Einwand gegen die französischen Forderungen leistet, scheint sehr schwach zu sein. Der Fortgang der Verhandlungen wird bald zeigen, daß das deutsche Proletariat die Zugeständnisse bezahlen muß, die Frankreich in der Orientfrage England gemacht hat.

Für den Dollar bis 6000 Mark geboten

Am Sonnabend stieg der Dollar an der Nachtbörse immer mehr hinauf. In der Nachtbörse wurden bis 6000 Mark für den Dollar geboten. Der gewaltige neue Marksturz und der Beschluß, den Preis des Umlagegetreides zu vervierfachen, läßt die Teuerungswelle zu ortnamächtigen Wogen anschwellen. Die Devisenverordnung hat vollständig versagt. Mit derartigen Mitteln läßt sich die kapitalistische Anarchie auch nicht ausrotten. Daher die außerordentliche Kräftigung der Betriebsrätebewegung, daher aber auch der Versuch, das Proletariat vom Kampfe abzuhalten, darum hat der Reichskanzler die Parteiführer zu sich geboten, um mit ihnen den Zusammenbruch der deutschen Währung und die damit zusammenhängende ungeheure Teuerung zu besprechen. Die Fraktionen werden vorher im Reichstag Besprechungen abhalten. Einer bürgerlichen Zeitung zufolge plane die Regierung die Devisenordnung zu erweitern und zu verschärfen. Die „Welt am Montag" spricht von einer „grundsätzlichen Neuregelung" des Devisenverkehrs. Nötigenfalls soll bis zur Erfassung und Beschlagnahme der Devisen gegangen werden.

Natürlich werden auch diese „Devisen-Rettungsmittel" ein Schlag ins Wasser bleiben, solange sich die Regierung nicht voll und ganz auf die Macht der Arbeiterklasse stützt oder diese selbst ihr Geschick in die Hand nimmt, wird die Arbeiterschaft immer nur allein die Folgen der Teuerung zu tragen haben.

Abschluß eines deutsch-russischen Wirtschaftsvertrages

WTB. **Moskau, 21. Oktober.**

Wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, ist durch ein von Lenin unterzeichnetes Dekret des Rates der Volkskommissare ein Vertrag mit dem deutschen Konsortium Otto Wolff, welcher einige große deutsche Industriewerke, darunter Phönix, Rheinstahl u. a. vereinigt, bestätigt worden. Nach dem Vertrag wird eine russisch-deutsche Handelsaktiengesellschaft mit einem Kapital von 300 000 Goldrubel gegründet, welche die Handelskonzession für Import und Export erhält. Das Konsortium gewährt der neuen Gesellschaft einen Warenkredit von 7,5 Millionen Goldrubel, an die Regierung außerdem 5 Millionen. Die Gesellschaft wird der Kontrolle des Außenhandelskommissariats unterstellt. Die russische Regierung und das Konsortium werden ihre Vertreter in der Direktion der Gesellschaft haben. Der Gewinn wird beschränkt.

Wer es aushalten kann

Von 25 auf 70 Prozent erhöht die Zuckerfabrik Jülich Alex Schöller & Co. ihre Ausschüttung. Sie könnte 300 Prozent verteilen, denn sie hat im letzten Jahre das Vierfache des Aktienkapitals als Reingewinn herausgebracht. Zucker nährt gut.

Die Mühlenbau-Anstalt und Maschinenfabrik, vorm. Gebr. Seck, erhöht die Dividende von 30 auf 40 Prozent.

Dividendensteigerungen konnten weiter vornehmen: die A.-G. Bergbau- und Hüttenwerk Friedrichshütte in Herdorf von 30 auf 48 Prozent; die Wissener Metallwarenfabrik in Zella-Mehlis von 60 auf 80 Prozent; Hutschenreuther, Porzellanfabrik, von 40 auf 60 Prozent, die Braunkohlen- und Brikettindustrie A.-G. in Berlin von 16 auf 30 Prozent; die A.-G. Rheinische Stahlwerke von 20 auf 50 Prozent. 50 Prozent verteilt auch die Dresdener Strickmaschinen A.-G., und die Stahlwerke Chemische Fabrik schüttet den Aktionären 100 Prozent aus.

Ausland

Wahlvorbereitungen der englischen Arbeiterpartei

London, 22. Oktober.

Der Wahlausschuß der Labour Party hat in London über die Wahlorganisation beraten und beschlossen, bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die einzelnen Wahlkreise die Lehren der Niederlage von 1919 zu berücksichtigen und so zu disponieren, daß die hervorragenden Führer der Partei, wie Henderson, Macdonald, Ramsey und Smillie, in Wahlkreisen aufgestellt werden, die als sichere Domänen der Arbeiterpartei anzusprechen sind. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß die durch die Kattwahlen ausgeschalteten Arbeiterführer nach Abhaltung der Wahlen wieder ins Unterhaus zurückkehren werden.

Vor der Orientkonferenz

Die Pariser Presse bestätigt, daß die von England gewünschte vorbereitende Sachverständigenversammlung zur Orientkonferenz endgültig aufgegeben worden sei.

Diese Tatsache bedeutet einen weiteren Vorstoß Poincarés im Orientkonflikt mit England, da die französische Regierung von allem Anfang an gegen diese Vorkonferenz war.

Die Sowjetregierung hat in einer neuerlichen Note gegen den Plan die Orientverhandlungen in zwei Teile zu teilen und Sowjet-Rußland nur zu der zweiten Konferenz, an der ausschließlich die Meerengenfrage behandelt werden soll, zuzulassen, Einspruch erhoben. Die Sowjetregierung wünscht an allen Orientverhandlungen teilzunehmen und wird keine vollendete Tatsachen als solche hinnehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0002

Abschluß der Landtagsdebatten über die Orgeschoffensive in Berlin

(Eigener Bericht.)

Berlin, 22. Oktober.

Gestern wehte im Landtag bereits ein ganz anderer Wind. Die Debatte über die Vorgänge am Sonntag wurde abgeschlossen und die Meldung von den Attentatsvorbereitungen der Reaktion auf Wirth übte ihre Wirkungen auch auf die Sozialdemokraten aus. Nach der Rede des Unabhängigen Theodor Liebknecht, der scharf gegen die Regierung ins Feld zog, gab der Deutschnationale Mallraf eine Erklärung ab, in der er vergeblich versuchte, seine Partei von der Schuld an den neuen Mordvorbereitungen reinzuwaschen. Darauf erhob sich der Demagoge Heilmann von der VSPD., der noch am Dienstag in seiner Korrespondenz die Kommunisten wegen der Ereignisse am Sonntag beschimpft hatte, und hielt wieder einmal eine flammende Theaterrede gegen die Reaktion.

Genosse Katz, der das Schlußwort zu den Anträgen der kommunistischen Fraktion hatte, nagelte diese Methoden der VSPD. fest, die jedesmal große Deklamationen losläßt, wenn die Reaktion einen kapitalistischen Minister aufs Korn nimmt, die aber die Vorbereitungen zum Morde begünstigt, wie die Kommunistenhetze der letzten Tage wieder erwies. Genosse Katz zeigte noch einmal die ganzen politischen Zusammenhänge zwischen dem Vorgehen der Reaktionäre und der jämmerlichen Haltung der Regierung und der VSPD. auf. So endete die Debatte mit einem vollen moralischen Siege der KPD.

Danach beschäftigte sich der Landtag mit Anträgen zur Behebung der Not der Presse, die vom Hauptausschuß vorgelegt wurden. Für unsere Fraktion erklärte Genosse Schoelem, daß wir uns nicht der Illusion hingäben, man könne die Not der Presse, die mit der gesamten kapitalistischen Entwicklung zum Trust im engsten Zusammenhang steht, durch solche Pflästerchen beheben. Die wirklichen Hilfsmaßnahmen, wie Sozialisierung der Holz-, Zellulose- und Papierindustrie sowie das staatliche Anzeigenmonopol können nur von einer Arbeiter-Regierung, d. h. von der eigentlichen Arbeiterschaft durchgeführt werden.

Die Ausschußanträge wurden angenommen. Die Aussprache über den Fall Stubenrauch wurde auf Montag vertagt.

Eine Niederlage der Gewerkschaftsinstanzen in Braunschweig

Als der Vollzugsrat der Braunschweiger Betriebsräte kürzlich eine Vollversammlung veranstaltete, wurde diese von einem Vertreter der Gewerkschaftsbureaukratie gesprengt. Tagelang danach zogen die vereinigten Menschewistenblätter gegen die „kommunistischen Gewerkschaftsspalter" vom Leder. Nachdem man so einen gewaltigen Stimmungsrummel gegen die Kommunisten veranstaltet hatte, glaubte man eine neue Vollversammlung der Betriebsräte wagen zu können, die sich gegen den Reichsbetriebsrätekongreß aussprechen würde. Damit erlebten aber die Saboteure einen argen Reinfall. Als die Betriebsräte, 500 an der Zahl, erneut zusammentraten, nahmen sie mit allen gegen nur 20 Stimmen folgende Resolution an:

„Die am 18. Oktober 1922 in „Sächsischen Hof" tagende Vollversammlung der Braunschweiger Betriebsräte erklärt sich einverstanden mit der Beschickung des Reichsbetriebsrätekongresses. Die Vollversammlung beauftragt den Vollzugsrat, bei den Instanzen des ADGB. dahin zu wirken, daß der ADGB. in Gemeinschaft mit dem Reichsausschuß der Betriebsräte den Reichsbetriebsrätekongreß einberuft."

38,8 Milliarden neuer schwebender Schulden. Vom 1. bis 10. Oktober hat das Reich 38,8 Milliarden Mark neuer schwebender Schulden gemacht, weil seine Einnahmen um soviel hinter seinen Ausgaben zurückblieben. Seit dem 1. April hat sich die schwebende Schuld um 217,778 Milliarden auf 489,722 Milliarden Mark erhöht. Fritz Ebert verkündet den wirtschaftlichen Belagerungszustand zugunsten des Stinnes-Kapitals: der Dollar steht auf 3000; die schwebende Schuld steigt auf fast 490 Milliarden; die Teuerung wächst ins Uferlose.

Ein 20-Mark-Stück 10 000 Mark. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 23. bis 29. Oktober zum Preise von 10 000 Mk. für ein 20-Mark-Stück, 5000 Mk. für ein 10-Mark-Stück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 250fachen Betrage des Nennwertes.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei. In einer Reihe von Textil- und Maschinenfabriken kam es in den letzten Tagen wieder zu Betriebseinstellungen bzw. Einschränkungen der Arbeit. Die Zahl der Arbeitslosen wächst täglich.

Leichtfertige Christen. Die christliche Gewerkschaft der Eisenbahner und Staatsbediensteten hat die Forderung erhoben: Bemessung des Gehaltes in Goldwährung. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" bezeichnet diese Forderung als von „großer Leichtfertigkeit" diktiert. Die Christen verstünden nichts von der Wirtschaft. Die Christen sind nur dann angenehme Leute, wenn sie sehr bescheiden bleiben und die Einheit des Proletariats stören.

Die Parlamentswahlen in Litauen haben einen Ruck nach links gebracht. Die größten Erfolge hatte die sogenannte linke Sozialdemokratie zu verzeichnen, die auch die Stimmen der in die Illegalität gedrängten Kommunisten auf sich vereinigte. Die Sozialdemokraten der 2. Internationale haben sehr schlecht abgeschnitten.

Ausland

Landung britischer und amerikanischer Truppen in Wladiwostok

London, 22. Oktober.

Wie „Daily Expreß" aus Tokio meldet, wurden britische und amerikanische Marinesoldaten in Wladiwostok gelandet.

*

Genosse Tschitscherin wies in seiner gestrigen Note auf den Konflikt auch im Fernen Osten hin, der ohne Sowjet-Rußland nicht gelöst werden kann. Es ist möglich, daß die verschärften russisch-japanischen Gegensätze auch diesen Konflikt in kurzer Zeit akut werden lassen.

Vom Tage

Zehn Landwirte wegen Bestechung verhaftet. Zehn Landwirte aus Niederursel wurden in das Frankfurter Polizeigefängnis eingeliefert, weil sie gegen Beamte der Wucherstelle, die in Niederursel eine Nachprüfung über die abgelieferten Milchmengen vornahmen, eine drohende Haltung eingenommen hatten. In letzter Zeit waren zahlreiche Anzeigen darüber eingegangen, daß die Landwirte in Niederursel nicht genügend Milch abliefern, sondern die Milch zu hohen Preisen an Schleichhändler abgaben.

Ein Dampfer gestrandet. Auf der Fahrt von Stockholm nach Jönköping ist der Kanaldampfer „Victor Rydberg" gestrandet und gesunken. Zwei Maschinisten und ein Passagier sind ertrunken.

13 Personen getötet. Paris, 22. Oktober. Bei dem Eisenbahnunglück in der Nähe von Rufach wurden nach endgültigen Feststellungen 13 Personen getötet und 20 Personen schwer verletzt.

Die Aufgaben der Arbeiterklasse

Resolution des Zentralausschusses zur politischen Lage

Am Sonntag, dem 15. Oktober, und Montag, dem 16. Oktober, fand die Tagung des Zentralausschusses unserer Partei statt. In eingehender Debatte wurde zur politischen Lage Stellung genommen und die folgenden Beschlüsse gefaßt:

Die internationale Lage und der Befreiungskampf des türkischen Volkes

Die an die internationalen Konferenzen von Washington und Genua angeknüpften Illusionen von friedlicher Verständigung der Imperialismus", werden, wie vorauszusehen und von den Kommunisten vorausgesagt, durch die Tatsachen Lügen gestraft. **Die weltpolitischen Gegensätze verschärfen sich. Die Elemente eines neuen Weltkrieges treten bereits sichtbar in Erscheinung.** Die „Orientfrage" brennt wieder. Hinter dem griechisch-türkischen Konflikt steht der Kampf des französischen und englischen Imperialismus um die Beherrschung des vorderen Orients. Im Brennpunkt dieses Kampfes steht die sogenannte Freiheit der Meerengen, in Wirklichkeit die Frage, welche imperialistische Macht die Türkei und Sowjet-Rußland unter dem Druck ihrer Flottenmacht halten soll. England und Frankreich verbindet bei all ihrem Interessengegensatz um den Besitz der vorderasiatischen Beute ein gemeinsames Interesse, das türkische Volk nicht zu stark werden zu lassen und den Schlüssel zur Eingangspforte ins Schwarze Meer in der Hand zu behalten.

An dem Befreiungskampf des türkischen Volkes gegen den englischen und französischen Imperialismus ist die Arbeiterklasse aller Länder aufs höchste interessiert, ganz besonders aber die Arbeiter der Länder, die dieser Konflikt unmittelbar vor neue imperialistische Kriegsgefahr stellt (England, Frankreich), wie der Länder, die, wie das türkische Volk, Opfer der imperialistischen Friedensverträge sind (vor allem die deutsche und die bulgarische Arbeiterklasse). Es gilt für das Proletariat, vor allem Frankreichs und Englands, zur Abwehr neuer imperialistischer Kriegsgefahr und **zur wirksamen Unterstützung des türkischen Befreiungskampfes den schärfsten und hartnäckigsten Kampf gegen ihre Bourgeoisie zu führen.** Das revolutionäre deutsche Proletariat ist unmittelbar interessiert an dem siegreichen Ausgang des türkischen Befreiungskrieges. Die nationale Befreiung von den imperialistischen Räubern liegt zugleich im Interesse der Entfaltung des Emanzipationskampfes der türkischen Arbeiter und Bauernmassen. Der Ausgang des Kampfes um die Herrschaft über die Dardanellen ist von größter Bedeutung für die Entwicklung der Sowjetstaaten, die ans Schwarze Meer grenzen. Das deutsche Proletariat ist jedoch auch unmittelbar interessiert, weil die Umwälzung der imperialistischen Machtgruppierungen zurückwirken auf Deutschland. **Die deutsche Arbeiterschaft fühlt sich solidarisch verbunden mit dem heldenhaften Befreiungskampf des türkischen Volkes.**

In Griechenland hat die militärische Niederlage zur Zerfetzung des Heeres geführt und kann zu revolutionären Aufständen der Arbeiter und Bauern führen. Eine solche Erhebung gegen die herrschende Klasse, die Zwischenmeister der Ententebourgeoisie, wird die tatkräftigste Unterstützung aller Kommunisten finden.

Das Stinnes-Lubersac-Abkommen

Eine neue Quelle internationaler Konflikte ist durch das Stinnes-Lubersac-Abkommen geschaffen. Eine Verbindung der französischen und deutschen Schwerindustrie würde **Frankreich zu einem mächtigeren industriellen Konkurrenten und militärisch-politischen Nebenbuhler Englands machen,** als es Deutschland je gewesen ist. Sie würde die Ausbeutung und Unterdrückung der deutschen und der französischen Arbeiter durch die Herrscher dieses Montantrusts und die hinter ihnen stehende Staatsmacht verschärfen. Denselben Ziel dient der **Ansturm auf den Achtstundentag und die Siebenstundenschicht der Bergarbeiter in Deutschland und Frankreich.**

Das Stinnes-Abkommen ist also kein Mittel, die Kriegslasten, die auf dem deutschen Arbeiter ruhen, zu erleichtern, es ist nur das Mittel, **aus der Ausplünderung der arbeitenden Massen ein Riesengeschäft für die deutsche Schwerindustrie und die deutschen Großbanken zu machen.** Diese Abkommen und die sie begleitende Arbeitszeitverlängerung müssen **vom französischen und deutschen Proletariat aufs schärfste bekämpft werden.**

Während für Stinnes und die übrigen deutschen Schwerindustriellen und Banken das Abkommen Riesenprofite abwirft, bedeutet es für die **deutsche Gesamtwirtschaft weitere Verarmung,** weitere finanzielle Zerrüttung weitere Geldentwertung, denn alle diese Lieferungen werden ohne Gegenwerte geleistet, die deutschen Unternehmer müssen dafür von der deutschen Staatskasse, d. h. aus Steuereinkommen bezahlt werden.

Gemeinsamer Kampf des deutschen und französischen Proletariats

Eine Erholung der zusammenbrechenden deutschen Wirtschaft und Finanzen erfordert nicht nur die **Einstellung der Barzahlungen, sondern auch der Naturallieferungen,** also die völlige Liquidation des Versailler Raubvertrages. Die Kommunistische Partei steht auf dem Boden, daß für die Verpflichtungen der deutschen Bourgeoisie aus dem imperialistischen Kriege die Arbeiterklasse grundsätzlich keine Haftung übernehmen kann. **Die völlige Liquidierung des Versailler Vertrages ist nur möglich im versöhnlichen gemeinsamen revolutionären Kampf,** vor allem der französischen und deutschen Arbeiter. Die Amsterdamer, die 2. und 2½ Internationale, die diesem Kampf aus dem Wege gehen, obgleich sie alle Uebel aus dem Versailler Vertrag ableiten, erweisen sich dadurch als Helfer der Bourgeoisie. Solange aber die revolutionäre Entwicklung die **völlige Liquidierung des Versailler Vertrages** nicht erlaubt, muß von der deutschen und französischen Arbeiterschaft ein langfristiger Aufschub sowohl für die Bar- wie für die Sachleistungen gefordert werden. Mit allen Kräften muß die Abwälzung aller Lasten, die aus dem Kriege stammen, auf die Besitzenden angestrebt und für dieses konkrete Ziel (Erfassung der Sachwerte; Arbeiterregierung) das Proletariat mobilisiert werden. Zur Liquidierung des Versailler Vertrages ist ständige Verbindung und gemeinsamer Kampf der deutschen und französischen Arbeiter erforderlich.

Die Geldsackrepublik

Die Ausnützung der Verarmung Deutschlands durch die großen Industrie- und Bankkonzerne hat diese zu den wirklichen Herrschern der Republik gemacht. **Die kleinbürgerlich-demokratische Politik des Zauberns zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat hat völlig bankrott gemacht.** Die kleinbürgerliche Demokratie hat sich in allen großen Konflikten (Kapp-Putsch, Erzbergermord, Rathenaumord) schließlich gegen die Arbeiterschaft gewandt oder sie feige im Stiche gelassen. Das unvermeidliche Ergebnis ist das: **sie ist mit Händen und Füßen dem Großkapital ausgeliefert,** das sich jetzt anschickt, offen selbst die entscheidenden Machtposten im Staat in die Hand zu nehmen. Da die Republik jetzt den großen Geldsäcken gehört, so sind die großen Geldsäcke republikanisch geworden. **Die monarchistischen Selbstschutzverbände sind damit zu Kampftruppen des republikanisch gewordenen Großkapitals zur Störung des geschlossenen proletarischen Aufmarsches geworden.**

Um das Großkapital und seine Partei, die Deutsche Volkspartei, als die stärkste wirtschaftliche und politische Macht, gruppieren sich jetzt sowohl von rechts her die Junker als von links her die demokratisch-sozialistischen Arbeiter und Kleinbürger.

Bankrott der zentristischen und reformistischen Politik

Die Zuspitzung der Klassengegensätze hat die Fronten vereinfacht. Es galt zu wählen zwischen dem tatsächlichen revolutionären Kampf gegen das Großkapital oder der tatsächlichen Unterwerfung unter seine Herrschaft, zwischen der offenen Unterstützung des Großkapitals bei seinem Versuch, sich auf Kosten der arbeitenden Massen zu retten, oder dem Kampf zur Sicherung der Existenz der Massen gegen das Kapital und zum Sturz des Kapitals.

Bei dieser Zuspitzung des Klassenkampfes ist kein Raum für eine zentristische Partei der revolutionären Phrase und des gegenrevolutionären Handelns. Das Ende der USPD. und ihr Aufgehen in der Sozialdemokratie, das Ausscheiden der bisher stärksten zentristischen Partei aus der politischen Arena, ist der sprechende Beweis für die rasche Zuspitzung der Klassengegensätze in Deutschland.

Der Untergang der USPD. zu der Sozialdemokratie unter der Losung „proletarische Einigung" ist ein grober Betrug. Indem die USPD. in der SPD. aufgeht, vereinigt sie sich mit dem Kleinbürgertum und dem Großkapital und vertritt sie den Riß in der Arbeiterklasse, indem sie als Glied der bürgerlichen Kampffront den Kampf gegen die revolutionäre Vorhut des Proletariats führt.

Die ideelle und organisatorische Einigung des Proletariats ist nur möglich auf dem Boden des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie und der sozialistischen Grundsätze: auf dem Boden der Kommunistischen Partei.

Die organisatorische Einigung auf dem Boden des Opportunismus und des Bündnisses mit der Bourgeoisie ist, wie das italienische Beispiel beweist, notwendig zum Scheitern verurteilt.

Zum Scheitern verurteilt ist auch der Versuch der Ledebourgruppe, die Unabhängige Partei zu erhalten. Entweder machen die Gruppen um Ledebour die revolutionären Grundsätze wahr, dann müssen sie kommunistisch werden, oder sie bleiben bei der revolutionären Phrase stehen, dann führt der Weg unfehlbar zur Sozialdemokratie.

Die USPD. muß daran scheitern, daß sie als Hilfstruppe des Großkapitals den Kampf selbst um die zeitweilige Erleichterung der Lage der Arbeiterschaft nicht führen kann, sondern gezwungen ist, alle Angriffe des Kapitals gegen die Lebenshaltung der Arbeiterschaft: Durchbrechung des Achtstundentags, Lohndruck, Steuererpressung, die Einschränkung und Zerbrechung des Koalitions- und Streikrechts, zu unterstützen.

Die Gewerkschaftsbureaukratie unterstützt planmäßig diese Politik, schreckt selbst vor der Spaltung der Gewerkschaften nicht zurück, um durch das Verbrechen der Zerstörung der größten Arbeiterverbände den Widerstand der rebellierenden Massen gegen die Bourgeoisie zu brechen.

Aus der Provinz

Tagung des Provinziallandtages

Die Abgeordneten des Provinziallandtages haben Einladung erhalten zu einer Tagung, die am Montag, dem 30. Oktober, vormittags 9½ Uhr, beginnt und voraussichtlich zwei bis drei Tage dauert. Die Tagesordnung lautet:

1. **Wahl eines Landrats an Stelle des aus dem Provinzialdienste ausscheidenden Landrats Roicher.**
2. **Ausschreibung einer Nachtragsumlage für das laufende Rechnungsjahr 1922.**
3. **Aenderung der Besoldungsordnung.**
4. **Aenderung der Reisekosten und Tagegeldsätze.**
5. **Beteiligung des Provinzialverbandes an Elektrizitätsunternehmungen.**
6. **Erhöhung des Geschäftsanteils und der Zwischenkreditbürgschaft der Mitteldeutschen Heimstätte, Wohnungsgesellschaft m. b. H. in Magdeburg.**
7. **Denkschrift über die Organisation der sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenenfürsorge unter besonderer Berücksichtigung des Finanzwesens.**

Die Ausschußsitzungen beginnen bereits Sonntag vormittag. Die Tagung ist hauptsächlich notwendig geworden wegen Punkt 1 und 2 der Tagesordnung. Die Provinzialverwaltung hat kein Geld mehr und weiß nicht mehr ein und aus. Deshalb soll eine Nachtragsumlage ausgeschrieben werden. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Die Hilfsaktion für die Sozial- und Kleinrentner

In den Stadtparlamenten Magistratssitzungen der meisten Städte des Bezirks beschäftigen sich diese Stellen mit der schweren sozialen Lage der alten Rentner und Invaliden. Auch die Gewerkschaften haben zu dieser Frage Stellung genommen und es bildeten sich Arbeiterwohlfahrtsausschüsse, die sich aus den Wohlfahrtsämtern der SPD. zusammensetzen. In den Ortsausschüssen des ADGB. halten SPD.-Oberbürgermeister, Stadträte und bürgerliche Wohlfahrtsdamen lange Reden, um die Arbeiterschaft zu überzeugen, daß es notwendig sei, den Sozialrentnern zu helfen. Der Kapitalismus, der seine Lohnsklaven schon nicht mehr bezahlen, ernähren und unter Obdach bringen kann, unternimmt nichts, um den Sozialrentnern, als den Teil des Proletariats, der am schwersten leidet, zu helfen.

Die republikanische Regierung, die es ablehnt, die besitzende Klasse durch die Gold- und Sachwerterfassung zur stärkeren Mitleistung heranzuziehen, ladet alle Lasten auf die Arbeiterklasse ab. Aus der Mehrleistung der Arbeiterklasse heraus sollen auch die Mittel aufgebracht werden, die zur Unterstützung der Kleinrentner notwendig sind. Die Gewerkschaften gehen sich die große Mühe, die Arbeiterschaft zu veranlassen, Ueberstunden zu leisten, da mit das Geld, was die Arbeiter durch ihre Mehrarbeit bekommen, den Kleinrentnern zur Unterstützung gegeben werden soll. Die SPD. unterstützt dieses Hilfswerk und befürwortet es in allen Orten.

Was sagen wir Kommunisten dazu?

Stinnes muß, wenn er seinen kapitalistischen Staat halten will, die Arbeiterklasse noch mehr ausplündern als bisher. Die Arbeitszeit will er verlängern. Auf versteckte Art, so hinten herum, soll durch dieses Hilfswerk der Achtstundentag durchbrochen werden.

Wir wissen, daß die Notlage der Sozialrentner groß ist, aber diese Not ist nicht zu lindern, wenn man die schon notleidende Arbeiterklasse noch mehr belastet, sondern nur durch die Erfassung der Gold- und Sachwerte der besitzenden Klasse werden die Mittel flüssig gemacht, die zur Unterstützung der Kleinrentner notwendig sind.

Solange eine Schlemmergesellschaft, die von der Ausbeutung anderer Menschen lebt, in Luxusautomobilen durch die Landstraßen, solange an Totalisatoren auf den Rennplätzen Millionen verwettet werden, solange das profitgierige Raubgesindel, Agrarier und Industriekapitalisten, Millionen und Milliarden Gewinne einstreichen, solange Wucherer und Schieber freie Bahn haben, solange heißt es für die Arbeiterklasse:

Kampf gegen dieses System!

Nicht durch Wohltätigkeitsveranstaltungen, nicht durch Bettelabende, sondern durch zielklar geführten Klassenkampf wird es uns gelingen, jener Gesellschaft das zu entreißen, was sie zu viel haben, um es den hungernden Proletariern zuzuführen.

Auch die Betriebsräte

haben zu der Notlage der Kleinrentner Stellung genommen und werden durch ihre Kontrollorgane die erhoffte Hilfe zuteil werden lassen.

Kleinrentner, unterstützt die Kontrollausschüsse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0003

Neue Bestimmungen über Lohnpfändung

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der neue Bestimmungen über die Lohnpfändung enthält: Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 23. Dezember 1921 ist die durch die Geldentwertung hervorgerufene allgemeine Teuerung in so erheblichem Maße fortgeschritten, daß eine abermalige Erweiterung der für den Arbeits- und Dienstlohn bestehenden Pfändungsbeschränkungen notwendig geworden war. Zurzeit sind von dem Lohneinkommen des Schuldners 12 000 Mk. schlechthin, von dem Mehrbetrage ein Drittel und bei Vorhandensein unterhaltsberechtigter Angehöriger für jeden derselben ein Sechstel bis höchstens insgesamt zwei Drittel der Pfändung entzogen. Bei Lohneinkommen über 50 000 Mk. tritt insofern eine Beschränkung ein, als dem Schuldner von dem diese Summe übersteigenden Teile seines Einkommens ohne Rücksicht auf seine Unterhaltsverpflichtungen immer nur ein Drittel verbleibt. Der Entwurf sieht leider von grundsätzlichen Aenderungen der bestehenden Regelung ab und beschränkt sich darauf, die derzeitigen Wertgrenzen dem gesunkenen Geldwert entsprechend zu erhöhen. Es wird vorgeschlagen, die genannten Grenzen von 12 000 auf 100 000 Mk. und von 50 000 auf 300 000 Mk. heraufzusetzen.

Die Unsicherheit der wirtschaftlichen Entwicklung läßt es wünschenswert erscheinen, die nach den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen angemessenen Wertgrenzen bei einer wesentlichen Aenderung dieser Verhältnisse ihr mit tunlichster Beschleunigung anzupassen, ohne daß jedesmal der Weg der Gesetzgebung beschritten werden muß. Der Artikel II des Entwurfs trägt diesem Bedürfnis Rechnung.

Die Braunkohlenförderung im September

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Erhebungen die Rohkohlenförderung im Monat September 8 074 105 Tonnen, die Brikettherstellung 1 852 890 Tonnen (Vormonat: Rohkohlenförderung 8 367 957 Tonnen, Brikettherstellung 1 937 456 Tonnen). Mithin hat die Rohkohlenförderung einen Rückgang von 3,51 Prozent, die Brikettherstellung einen solchen von 4,36 Prozent erfahren. Der Monat August zählte 27, der Monat September dagegen nur 26 Arbeitstage. Die arbeitstägliche Rohkohlenförderung belief sich für September auf 310 542 Tonnen, für August auf 309 924 Tonnen. Die arbeitstägliche Brikettherstellung betrug im September 71 265 Tonnen, im August 71 758 Tonnen. Auf die arbeitstägliche Produktion bezogen, hat mithin die Rohkohlenförderung im September gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 0,20 Prozent, die Brikettherstellung dagegen einen Rückgang von 0,69 Prozent erfahren. Die Kokserzeugung betrug im September 35 856 Tonnen, im August 36 523 Tonnen. Es ist somit ein Rückgang von 1,83 Prozent zu verzeichnen. Auf die arbeitstägliche Produktion bezogen, machte sich indessen eine Steigerung von 1,92 Prozent bemerkbar.

Im Monat September des Vorjahres belief sich die Rohkohlenförderung auf 7 016 958 Tonnen, die Brikettherstellung auf 1 708 515 Tonnen. Die Produktionssteigerung gegenüber dem Monat September des Vorjahres belief sich mithin für Rohkohle auf 15,07 Prozent, für Briketts auf 8,45 Prozent. Die Kokserzeugung im Monat September des Vorjahres betrug 33 869 Tonnen, mithin betrug die Steigerung derselben 5,87 Prozent. Da der Monat September des Vorjahres ebenso wie der Berichtsmonat 26 Arbeitstage hatte, so haben die mitgeteilten prozentualen Steigerungssätze auch Gültigkeit für die arbeitstägliche Erzeugung.

Zschernitz

Von der Starkstromleitung erfaßt. Der Anstreicher Busse kam bei seiner Arbeit der Starkstromleitung zu nahe und erlitt dadurch an der linken Schläfe erhebliche Verbrennungen, so daß er in das Krankenhaus Bergmannstrost nach Halle gebracht werden mußte. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Meuselwitz

Denkmalsenthüllung. Am 27. Mai 1921 verunglückten hier auf dem Idaschacht 17 Bergleute durch einen Wassereinbruch. Diesen hat nun die Direktion der Anhaltischen Kohlenwerke einen Denkstein setzen lassen. Die Leichen konnten trotz Anstrengung nicht geborgen werden. Ueber dieses Unglück ist ein heftiger Streit wegen der Schuldfrage gewesen, und die Bergarbeiterschaft des ganzen Kohlenreviers hat im Streik gestanden. Die Schuldfrage juristisch zu erledigen, ist unmöglich, denn Ankläger und Zeugen liegen in dem verschütteten Grubenbau. Und dennoch, unumstößliche, felsenfeste Ueberzeugung beherrscht jeden Bergarbeiter. Wohl war die Katastrophe das Werk unbändiger Naturgewalten, aber ein einziges Wort aus jenem verantwortlichen Menschenmunde, des Betriebsleiters, hätte 17 Menschenleben gerettet. 17 Menschen hätten vom Schicksal verschont werden können. Im kapitalistischen Getriebe sind Menschen aber nur Werkzeuge, Werkzeuge welche, ohne eine Stunde auszusetzen, Profite schinden müssen. Und so stellen wir Arbeiter die Schuldfrage: 17 Bergleute wurden das Opfer eines Systems fluchwürdigster Art. — Es war erschütternd, wie die vielen Hinterbliebenen am Denkmal klagten. Und jedes der gesprochenen Worte wühlte in der geschlagenen Wunde. Staatsminister Frölich sprach für die Regierung. „Es wäre weder Zeit noch Ort, zu fragen nach der Schuld, zu fragen nach der Verantwortung und nach der Möglichkeit der Verhütung des Unglücks," sagte Frölich. Er forderte Arbeiterschutz ohne Rücksicht auf die Kosten, denn das Menschenleben wäre das kostbarste Gut. Wohlan! Nur stehen Theorie und Praxis im schreiendsten Widerspruch zueinander. Die Anhaltischen Kohlenwerke zeichnen sich durch ganz besonders raffinierte Scharfmachermethoden aus, und die Betriebsräte, welche als erste Hüter des Arbeiterschutzes in Frage kommen, werden gerade von den Anhaltischen Kohlenwerken immer mit ganz besonderer Vorliebe schikaniert. Der Schluß der Rede des Ministers war sehr negativ. „Aufwärts schauen und nicht verzagen." Positiver wäre gewesen: Die Staatsregierung als solche wird dafür sorgen, daß die Hinterbliebenen vor der materiellen Not geschützt werden. Der Vertreter der Anhaltischen Kohlenwerke rühmte die treue Pflichterfüllung der Toten und freute sich, daß der Widerstreit über die Vorgänge schweigt. Limberts vom Hauptvorstand des Bergarbeiterverbandes betonte ebenfalls, nicht über die Schuldfrage zu sprechen. Auch er forderte erhöhten Arbeiterschutz und Hinterbliebenenfürsorge. Pflicht des Staates sei es, diese zu übernehmen. Für den Reichsverband sprach Dr. Hermegen. Der Schrei nach Schuld darf nicht sein der Schrei nach Rache. Die beste Totenklage wäre die Tat. Auf dem Denkstein stehen die Worte: „Getreu bis in den Tod." Das ist der Knechtssinn übelster Art, und jeder klassenbewußte Arbeiter wird diese Worte als einen Peitschenhieb empfinden. Wo blieb der Ankläger an diesem Tage? Keiner sprach von der Schuld. Keiner zog den notwendigen Schluß: Fort mit dem kapitalistischen Raubbau. Im Bauerstreik sagte ein Arbeiter sehr richtig: In unserer Brust wohnt der Ankläger! Dieses Wort müßte eingemeißelt sein. Die Witwen und Waisen der Toten leiden Not. Die Pflicht zur Hilfe wurde am Denkmal in jeder Weise betont. Diese Reden bleiben elende Lügen, wenn nicht sofort in ausreichender Weise geholfen wird. Die breite Oeffentlichkeit wird darüber wachen. Keine Bettelspennige, keine Almosen! Die Anhaltischen Kohlenwerke haben das Wort!

Dessau

Ueberfahren und getötet wurde Donnerstag nachmittag an der Kreuzung Askanische- und Kanalierstraße bei der Kunsthalle die Ehefrau Antonie Ließ aus Gräfenhainichen. Die Frau hatte mit ihrem Manne einen Platz auf dem Vorderteil des Anhängewagens eines Schultheiß-Lastautos genommen, als dieser mit einem Straßenbahnwagen zusammenstieß. Durch den Anprall stürzte die Frau vom Wagen herunter und wurde von diesem so unglücklich überfahren, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Merseburgerstr. 14, Fernruf 147. — Postscheckkonto Leipzig 17 001. Leitung: Sämtlich, Bezirks-Sekretär. Geschäftsstunden: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.
Bureau: Merseburgerstr. 14, Fernruf 147. Geschäftsstunden: Täglich 9—1 und 4—7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Sämtliche Betriebsratleute u. kommunistisch. Betriebsräte sowie Betriebs-Vertrauensleute. Dienstag 24. Oktbr., pünktlich abds. 1/2 8 Uhr, im Saale der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** (Buchdruckerei).

Bildungsobleute und Bildungsausschuß. Dienstag, 24. Oktbr., nachm. 1/2 5 Uhr, im kleinen Zimmer des „Produktiv-Genossenschaft": **Sitzung.**

Kreis Bitterfeld.

Wolfen. Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 Uhr, im Gasthof Oestenfeld, **Volksversammlung.** Referent: Gen. Gustav Bormann (Halle).

Greppin. Montag, den 23 Oktober, abends 1/2 8 Uhr, in Schmidts Lokal: **Mitgliederversammlung.**

Gemeinschaft prol. Freidenker

Bezirk Bitterfeld.

Oeffentl. Lichtbildervorträge

Thema: **Der Ursprung des Lebens.**
Referent: Ing. J. K. Grube, Halle
finden statt am
Dienstag, dem 24., abends 8 Uhr, in Zschornewitz, Kol-Gasthaus.
Mittwoch, dem 25., abends 8 Uhr, in Bitterfeld, „Bürgergarten".
Freitag, dem 27., abends 8 Uhr, in **Greppin,** Schmidts Lokal.
Sonnabend, dem 28., abends 8 Uhr, in **Sandersdorf,** Matzels Lokal.
Dienstag, dem 31., abds. 8 Uhr, in **Zörbig,** „Zurmühle".
Mittwoch, dem 1. Nov., abends 8 Uhr, in **Holzweißig,** Schiers Lokal.
Freitag, dem 3. Nov., abends 8 Uhr, in **Delitzsch,** „Lindenhof".

Zentralverband prol. Freidenker Deutschl., Bezirksleitung Bitterfeld.
Schlma. *887

Wittenberg

Palast-Theater Lichtspiele u. Var.eté.
Von Montag bis Donnerstag:
Die Lou v. Montmartre. 6 Akte.
Ein Jahr aus dem Leben einer Grisette. In der Hauptrolle die beliebte Künstlerin 1191 **Reisel Orla.**
Auf der Bühne neues Varieté-Programm: **Buddi Stertioni,** Fuß-Violin- und Universal-Künstler, **Wally u. Karl Gluer,** Gesangsduette.
Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 29. September wird der Gaspreis, nachdem uns die amtlichen Mitteilungen über die Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. Oktober und der Frachtsätze vom 1. u. 16. Oktober zugegangen sind, für den Verbrauch zwischen der z. Zt. laufenden und der folgenden Zählerstandsablesung auf 35,— Mk. je 1 cbm, festgesetzt. Der Kohlenpreis beträgt franko Gaswerk zirka 10 000,— Mk. je 1 to gegenüber 14,— Mk. im Juli 1914, also das 660fache. 1192

Wittenberg, den 20. Oktober 1922
Städt. u. Kraftwerke Wittenberg, G. m. b. H. 721

Eisleben.

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Aufseher, verh., Hofmeister, verh., Geschirrführer, verh., Schweizer, verh.

b) Offene Stellen: Geschirrführer, led., Schweizer, led., Kuhhüterer, led., Mädchen und Frauen zur Hühnerzucht.

Gewerbliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Buchbinder, Buchhalter und Kontoristen, Chauffeure, Friseure, Sattler, Schriftsetzer.

b) Offene Stellen: Arbeiter, ältere, Arbeiter, jüngerer, Bergarbeiter, Damenpflugmacherinnen, Holzhilfshauer, Heizungsmonteure, Klempner und Installateur, Schneider, Schmiede, Stellmacher, Maurer, Zimmerer.

Abteilung für Lehrlinge.

a) Stellensuchende: Antritt Ostern 1923 Bureaulehrlinge, Gärtner, Pferdepfleger auch nach auswärts.

b) Offene Stellen: Nach Eisleben: Bäcker, Buchdrucker, Drogist, Gärtner, Kaufmann, Klempner, Konditor, Maler, Schneider, Tischler. Nach auswärts, mit Kost u. Wohnung: Bäcker, Buchdrucker, Friseur, Maler, Schmiede, Schlosser, Tischler.

Weibliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Bureaugehilfinnen, Arbeiter, jüngerer, Bergarbeiter, Damenpflugmacherinnen, Holzhilfshauer, Heizungsmonteure, Klempner und Installateur, Schneider, Schmiede, Stellmacher, Maurer, Zimmerer.

Abteilung für Lehrlinge.

a) Stellensuchende: Antritt Ostern 1923 Bureaulehrlinge, Gärtner, Pferdepfleger auch nach auswärts.

b) Offene Stellen: Nach Eisleben: Bäcker, Buchdrucker, Drogist, Gärtner, Kaufmann, Klempner, Konditor, Maler, Schneider, Tischler. Nach auswärts, mit Kost u. Wohnung: Bäcker, Buchdrucker, Friseur, Maler, Schmiede, Schlosser, Tischler.

Weibliche Abteilung.

a) Arbeitsuchende: Bureaugehilfinnen, Kontoristinnen, Krankenpflegerinnen, Plätterin, Stubenmädchen, Verkäuferinnen, Waschfrauen, Wirtschafterinnen.

b) Offene Stellen: Arbeiterinnen, gewerblich, ältere, zum Bureau reinigen, Aufwartungen, Frau zum Graben von Gartenland, Dienstmädchen aller Berufsgruppen, Haus- und Küchenmädchen für Hotels, Lehrmädchen f. Geschäft v. 17 J., Mädchen, Stadtbotin, Mamsell i. Gut, Stütze, Kinergärtnerin 2. Klasse. 724

Bekanntmachung.

Städtische Kartoffeln betr.

In der Annahme, daß die in Aussicht gestellten Kartoffeln eintreffen, wird die Verteilung an die Besteller wie folgt erfolgen: Am Montag, dem 23 d. M., vormittags, rote Gutscheine Nr. 1501 bis 1700, nachmittags, rote Gutscheine Nr. 1701—1800, am Dienstag, dem 24 d. M., vormittags, rote Gutscheine Nr. 1801 bis 2000, nachmittags, rote Gutscheine Nr. 2001—2100, am Mittwoch, d. 25. d. M., vormittags, rote Gutscheine Nr. 2101 bis 2300, nachmittags, rote Gutscheine Nr. 2301—2400. Vor der Empfangnahme der Kartoffeln sind infolge der gestiegenen Erzeugerpreise folgende Nachzahlungen bei der Kämmereikasse zu leisten: für rote Gutscheine Nr. 1501—2000 geben 230 Mk je Zentner; für rote Gutscheine Nr. 2001—2400 gleich 270 Mk je Zentner. Die Nachzahlungen werden durch Aufdruck eines Stempels auf den Gutscheinen kenntlich gemacht. Wer o. Nachzahlungen nicht leisten will, kann in der Kämmereikasse unter Ablieferung der Gutscheine seine Anzahlung wieder in Empfang nehmen. Die Bestellung gilt damit als erledigt.

Eisleben, den 21. Oktober 1922.
722 **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Städtische Berufsschulen.

Wir beabsichtigen, mit Beginn des Wintersalbjahres folgende Abend-Unterrichtskurse an den städtischen Berufsschulen einzurichten: 1. Kochen und Nahrungsmittellehre, 2. Ausbessern, Umändern und Schneidern, 3. technisches und kunstgewerbliches Zeichnen, 4. Perspektive u. Schattenkonstruktion, 5. Schriftzeichnen, 6. Mathematik, 7. Deutsch und Rechnen, 8. Volkswirtschaft lehre und Staatsbürgerkunde 9. Buchführung und Kalkulation. Anmeldungen am 23. und 24. Oktober 1922 im Geschäftszimmer der Berufsschule (Alte Realschule), 2. Stock. Aufnahmebedingungen können dort eingesehen werden.

Eisleben, den 12. Oktober 1922.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Reichsmietengesetz.

Auf Grund von § 11 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 (RGBl S. 273), in Verbindung mit der Ausführungsverordnung des preuß. Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 (GS. S. 179), wird mit Genehmigung des Herrn Regierungspräsidenten zu Merseburg folgendes beschlossen:

§ 1. Zu der Grundmiete, gemäß § 2 des Reichsmietengesetzes in Verbindung mit der preußischen Ausführungsverordnung zu § 2, treten folgende Zuschläge:

1. Der Zuschlag für die Steigerung der Zinsen einen in der Vorkriegszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes, gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 1 des Reichsmietengesetzes, beträgt 5 Prozent.

2. Der Betriebskostenzuschlag, gemäß § 3 Abs. 1 Ziffer 2 des Reichsmietengesetzes beträgt 55 Prozent. Durch diesen Zuschlag sind abgegolten:

a) die Straßenreinigungsgebühren (20 Prozent);

b) die Kosten der Versicherung gegen Feuer-, Glas- und Wasserleitungsschaden sowie auch Haftpflichtversicherung in ortsüblicher Höhe (20 Prozent);

c) die Verwaltungskosten (15 Prozent).

Alle übrigen Betriebskosten — vergl. Ausf.-Verordnung vom 12. Juni 1922 zu § 3 Abs. 1 Ziff. 2 und 4. Abs. 4 ffd Nr. 1, 2, 4—7 und 9 (Grund- und Gebäudesteuern, Kanalgebühren, Wassergeld, Schornsteinfegergebühren und die Kosten der Müll- und Schlackenabfuhr sowie der Treppen- und Flurbeleuchtung) — sind nach dem Verhältnis der Grundmiete und die selbständigen Wohnungen oder die selbständigen Mieträume anderer Art umzulegen. Hierbei sind auch Räume für die nicht die gesetzliche Miete zu zahlen ist, oder die nicht vermietet sind (vergl. Ausf.-Verordn. zu § 7 des Reichsmietengesetzes unter 1) mit berücksichtigen.

Besonders zu berechnen sind die Heizungen für Nebenräumen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, aber neben der Raumnutzung auf Grund des Mietvertrages gemacht werden (Bereitstellung von Wasserwärme, Eletrizität, Dampf, Preßluft und dergl.), sowie die Vergütungen für Nebenleistungen des Vermieters, die zwar die Raumnutzung betreffen, aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglasversicherung. Das gleiche gilt auch für die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung und Warmwasserversorgung, für Fahrstuhlbenutzung und Wasserleitungsschadenversicherung. Die Erhebung der Wohnungsbauabgabe erfolgt nach der preußischen Verordnung betr. die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues in Preußen vom 22. November 1921 (GS S. 549).

3. Der Zuschlag für die laufenden Instandsetzungsarbeiten, gemäß § 3 Abs. 1 Ziff. 3 des Reichsmietengesetzes, beträgt 100 Prozent. Das Tapezieren bzw. das Anstreichen der Kalken der Wände und Decken, das Streichen der Fußböden und der Fenster und das Anstreichen der Türen in den Wohnungen oder sonstigen Mieträumen ist von diesem Hundertsatz ausgenommen. Der Mieter hat die Kosten dieser in seinen Mieträumen tatsächlich gemachten Reparaturen gegen Vorzeigung der Belege zu tragen. Der Mieter ist vor der Vornahme solcher Reparaturen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, die die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die Arbeiten dieser Art selbst ausführen, wenn er die erforderlichen Eigenschaften hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer solchen Instandsetzungsarbeit entscheidet die Gemeindebehörde (§ 6 Abs. 2 des Reichsmietengesetzes), ob die Arbeit auszuführen ist. 723

§ 2. Der Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung von Mitteln für die großen Instandsetzungsarbeiten gemäß §§ 5 u. 7 des Kblg. und der dazu ergangenen Preußen Ausführungs-Verordnung, ist auf An rag eines Vertragsteiles vom Mieteinigungsamt festzusetzen. Er ist im Einzelfalle auf höchstens 150 v. H. der Grundmiete zu begrenzen. Große Instandsetzungsarbeiten sind im einzelnen die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Abluftrohre, das vollständige Umdecken des Daches, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Hauses oder auch mehrerer Fronten, der Neuanstrich eines ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage bei Sammelheizung und Warmwasserversorgung, sowie das Dielen der Wohnräume.

Die große Instandsetzungsarbeit muß seit Oktober 1920 ausgeführt und notwendig gewesen sein, oder, in den nächsten 12 Monaten vom Tage der Antragstellung beim Mieteinigungsamt an gerechnet, erforderlich werden.

§ 3. Für Räume die nu gewerblichen Zwecken dienen, wird ein weiterer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt. Er beträgt:

für Klasse IV des Gewerbesteuer-Gesetzes 15 Proz.;
für Klasse III des Gewerbesteuer-Gesetzes 30 Proz.;
für Klasse II des Gewerbesteuer-Gesetzes 50 Proz;
für Klasse I des Gewerbesteuer-Gesetzes 75 Proz.

§ 4. Untermieter haben für Benutzung der vom Vermieter zu stellenden Möbel sowie für Reinigung der Räume einen Zuschlag von 200 Proz. zu zahlen, außer der Miete, welche der Untermieter seinerseits nach den Vorschrift des des RMGS für den Raum zu zahlen hat. Lieferung von Bettwäsche Flurkaffee und sonstige Nebenleistungen des Untermieters werden durch diesen Zuschlag nicht mit umfaßt.

Eisleben, den 20. Oktober 1922.
Der Magistrat. gez. Dr. Waltgott.

Umtausch v. Getreide

gegen **Mehl** oder **Schrot**, große auch kleine Posten übernehmen *677
Döllnitzer Mühlenwerke
vorm. **G. F. Eberius.**
Annahme täglich.

Werbt f. d. Produktiv-Genossenschaft.

Bekanntmachung.

Hilfsheizer

für einige Nachmittagsstunden und jeden zweiten Sonntag im Paul-Riebecksstift, **gesucht.** Bewerber für diese nebenberufliche Tätigkeit haben sich zu melden im städtischen Hochbauamt, Rathausstraße 6, Zimmer 106. 4196

Halle, den 19 Oktober 1922.
Der Magistrat.

Stadt-Theater.

Montag, d. 24 Okt. Anf. 7½, Ende 10:
Neunzehn-hundertneunzehn.
Zeitschnurre v. Impekoven u. Mathern. 4201 Mittwoch:
Der fliegende Holländer

Lederjoppen kosten heute nur **1000 Mark.**
Prima warme
Kinderschuhe
(Gr. 21—30) mit Leder besohlen, kaufen Sie für **250,— Mark** bei 4203
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.
vorm. Reinke
Leipziger Straße 55, 1 am Riebeckplatz

Kaufe *688
Erbsen, Bohnen
auch Deputate!
W. Naumann,
Lettin bei Halle.
Den höchsten Preis für 685
Herren-Garderoben
wie Anzüge, Hosen, Militärmäntel, Joppen
Schuhwerk
zahlt stets
Hofmann,
Leipziger Straße 27 a. Turm

Genosse
sucht sofort oder p. 1. 11. 1922 **leeres Zimmer** o. Schlafstelle. Offerten unter Kl. 4199 an d. Exp. d. Zeitung.

Leipziger Straße 68. — Walhalla-Lichtspiel-Theater. — Alte Promenade 11a.

In den 3 Ufa-Theatern der Riesenerfolge!

Das große nord. Lustspiel
Alexander der Große
— 5 Akte. —
Der 5. u. letzte Teil des Riesen-Sensations-Films
Unter der roten Maske.
Das Feuermeer hoch in den Lüften.

Maciste
und die Tochter des Silberkönigs
6 sensationelle abenteuerl Akte.
Diesen Film nicht sehen, hieße alles versäumen!
Die Braut im Wasser.
Ein fröhlich Spiel in 2 Akten.

Die Macht der Versuchung.
Filmschauspiel in 5 Akten mit
Lil Dagover.
Leo Peukert
in dem Schwank in 3 Akten
Prof. Rehbein hilft aus.

Abendvorstellung pünktlich 8 Uhr.
Beginn in sämtlichen Theatern 4 Uhr.

Gummiwaren
Franzosenspritzen (langen Neuheit), Menstruationsstopfen Preisl gratis. 684
Verl. „Germania"
Genossenschaft m. b. H.
Merseburg, Str. 3, 1. Et.

Ehescheidung, Alimente Rechts-, Straf-, Steuersachen Gesuch. Tägliche Erfolge. Rechtsbüro u. Detektei **W. Nagel,** jetzt Volksmarktstr. 3a III (neue Dienstbarkeitsstraße, 2 Min. v. d. Magdeburgerstraße. 6.9 — Tel. 3221. —

Restaurant Produktiv-Genossenschaft.
Merseburgerstr. 14
empfiehlt seinen geehrten
Mittag- u. Abendtisch
Bier: Gl. 20,00.
Kaffeehaus, empf. Volks buchhandlg.

Nur noch kleiner Posten
feldgrauen Joppen
wie neu, 2800 Mk.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.
vorm. Reinke
Leipziger Straße 55, 1 am Riebeckplatz

Kauft nur
bei den
„Klassenkampf"-Inserenten.

Zur Anfertigung feiner
Herrengarderobe
nach Maß empfiehlt sich 683
Otto Bartelt, Dreyhauptstraße 7, I. I.

4200 **Maurer**
für hiesige Baustellen stellt ein
Ernst Reichardt,
Maurermeister, Gneisenaustr. 17.

Für die zahlreichen Ehrungen und herzl. Teilnahme beim Heimgange meines geliebten, unvergeßlichen Mannes und treusorgenden Vaters
Franz Eulenberg
danken wir allen tiefbewegt nur hierdurch, zugleich im Namen aller Hinterbliebenen. Sowie herzlichen Dank den Kameraden der Bergarbeiterverbandes u. Abrumdeistleuten der Grube von der Heydt, Albert Disch.
Volkmannstraße 6.
Frau Amalie verw. Eulenberg
4198 und Sohn.

Am 18 Oktober verstarb unser Verbandskamerad und langjähriger Vorsitzender und Mitbegründer der Zahlstelle Halle 4197
Franz Eulenberg.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Bergarbeiter-Verband
Zahlstelle Halle.

Geschäftszeit von 8 bis 6.30 abends. — Kaufe alle Sorten gesucht.

Stadt u. Land
die **höchsten Preise** sind
bekannt,
darum kommt zur
28 Lessingstraße 28
gerannt, dort zahlt man für

Lumpen m. Wolle	32 Mk.	Kupfer	450 Mk.
Wolle (rein)	150 „	Blei	160 „
Bücher	38 „	Messing	250 „
Zeitungen	39 „	Zink	150 „

Alteisen mit Maschinenguß bis 30 Mk.
Ziegenfelle bis 1250 Mk., Kaninfelle bis 250 Mk.
Hasenfelle bis 100 Mk. (Winter).

Fritz Wilsdorf, Rohprodukten, Fernruf 4926.
Reelle Bedienung, genau wie Konkurrenz. Reelles Gewicht.
4204

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 23. Oktober 1922

Bildet Kontrollausschüsse!

Wir erhalten nachstehenden Aufruf mit der Bitte um Veröffentlichung:

An die Betriebsräte und Betriebsobleute in der Landwirtschaft!

Werte Genossen!

Die Ernährungsmöglichkeiten für das deutsche Volk werden statt besser, immer schlechter. Trotz einer verhältnismäßig guten Ernte ist der größte Teil des deutschen Volkes genötigt, seine Ernährung immer mehr einzuschränken, zu darben und zu hungern. Besonders in den Städten ist die Nahrungsmittelnot groß. Mangel an notwendigen Lebensmitteln (Kartoffeln, Milch) und äußerst hohe Preise für die vorhandenen Lebensmittel machen es den Proletarierfamilien unmöglich, sich zu sättigen, um so weniger, als auch die sonstigen Bedarfsartikel (Kleidung, Wohnung, Heizung, Licht usw.) ungeheuer im Preise gestiegen sind.

Den herrschenden Mangel machen sich die Erzeuger und Händler zunutze, indem sie die Waren vom Markt zurückhalten, in der Absicht, die Preise dadurch in die Höhe zu treiben. Zu denen, die diese Taktik bewußt üben, gehört auch ein großer Teil der Landwirte. Das Getreide, das nach dem Gesetz an die Behörden abgeliefert werden soll, um die Brotversorgung zu sichern, wird zurückgehalten, vielfach nicht einmal ausgedroschen. Mit den Kartoffeln wird es ähnlich gemacht, trotz daß die notwendige Menge sofort an die Verbraucher abgegeben wird, mieten diese Landwirte die Kartoffeln ein, in der Hoffnung, daß diese im Frühjahr einen mehrfachen Preis bringen als jetzt. Häufig werden die im Boden steckenden Kartoffeln nicht einmal ganz abgeerntet, sondern der Boden mit der Frucht umgepflügt.

Genossen! Diesem verbrecherischen Treiben muß nach Kräften entgegengetreten werden, und Ihr könnt und müßt dabei helfen! Wo Euch bekannt wird, daß Brotgetreide ungedroschen und ungemahlen bleibt und die Ablieferung des Umlagegetreides unterbleibt, wo Kartoffeln restlos eingemietet werden und nicht eine größere Menge sofort an die Verbraucher abgegeben wird, wo Boden umgepflügt wird, trotzdem noch Feldfrüchte drin stecken, teilt dies sofort dem Unterzeichneten mit. Denkt an Eure hungernden Klassengenossen und deren Familien in den Städten, die die Erzeugnisse der Landwirtschaft brauchen, um leben zu können! Schafft die Einheitsfront zwischen Land- und Industrieproletariat, indem Ihr helft, den Lebensmittelwucher zu bekämpfen!

Mit brüderlichem Gruß

Gewerkschaftskartell Halle (Saale), Harz 42/44.

*

Der Inhalt dieses Aufrufes über die furchtbare Not der werktätigen Bevölkerung und über den Wucher der Erzeuger und Händler, entspricht voll und ganz unserer Auffassung.

Es genügt aber keinesfalls, daß diese Verbrecher an der Not des Volkes die Lebensmittel verfaulen lassen oder zurückhalten, in der Oeffentlichkeit gebrandmarkt werden, sondern man muß ihnen das Handwerk auch legen. Dazu sind Körperschaften notwendig, die das Vertrauen und die Unterstützung der ganzen werktätigen Bevölkerung und besonders der Arbeiterfrauen besitzen. Diese Körperschaften sind eben die Kontrollausschüsse, die im Einvernehmen mit dem Gemerkschaftskartell sofort an Ort und Stelle dafür sorgen müssen, daß keine Lebensmittel verderben und der Verkaufspreis der jetzigen Entlohnung der Arbeiterschaft entspricht.

Streik bei Heckert & Co.

Die Angestellten und Arbeiter der Firma Heckert & Co., Aktien-Gesellschaft, Halle, Dessauer Straße 52, sind infolge schwerer und unüberbrückbarer Differenzen mit der neuen Geschäftsführung nach geheimer Abstimmung einstimmig am Montag, dem 23. Oktober in den Ausstand getreten. Sie bringen der gesamten Arbeitnehmerschaft von Halle und Umgebung zur Kenntnis, daß für vorgenannte Firma der Zuzug von Arbeitskräften gesperrt ist. Die unterzeichneten Organisationen ersuchen um tatkräftigste Unterstützung in dem Existenzkampfe, den die Arbeitnehmerschaft dieses Betriebes zu führen hat. Strengste Solidarität und einmütiges Zusammenhalten aller organisierten Angestellten und Arbeiter wird erwartet, um den Kampf zum siegreichen Ende zu führen.

Die Streikleitung der Firma Heckert & Co., Aktien-Gesellschaft.
Gewerkschaftsbund der Angestellten. Deutscher Verkehrsbund.

Demagogen

Herr F. O. H. Schulz, einer der lärmenden Verkünder der Lügendemokratie aus dem Schieber-Sumpf der jetzt „vereinigten" Sozialdemokraten, ist der Bourgeoisie dankbar dafür, daß die Führer dieser Partei in den Salons der Schieber verkehren dürfen. Er zeigt seine Dankbarkeit dadurch, daß er in jeder Woche mindestens einen Artikel schreibt, der nachweisen soll, daß die „Nutznießer des Moskauer Korruptionsfonds" alle „Verbrecher", „Feiglinge" usw. sind und ihr „hysterisches Geschrei" nur „fauler Zauber" ist. In der Sonnabendausgabe des „Volksblatt" widmet dieser dankbare Soldschreiber wieder zwei Spalten der absterbenden Kommunistischen Partei, um die Bourgeoisie vor dem **„kommunistischen Wahnsinnstreiben der Moskauer Stipendiaten, die durch blutige Raufereien größeren Stils die Behörden zu kostspieligen Maßnahmen treiben und Deutschland in seiner Kreditwürdigkeit gegenüber dem Ausland herabsetzen"** zu retten. Am Montag und Dienstag aber machte dasselbe Blatt über die „blutigen Raufereien" am Zirkus Busch, ihren Parteifreunden Severing und Richter den Vorwurf, daß sie die Faszistenversammlung nicht verboten haben. Und selbst in der Sonnabend-Ausgabe, in derselben Ausgabe, in der Herr F. O. H. Schulz diesen zweifaltigen Antikommunisten-Artikel veröffentlicht, wird an ganz versteckter Stelle bekanntgegeben, daß der Spitzelkommissar Weismann von seinem Posten entfernt worden ist. Die Regie soll eben bei diesen Leuten all den schimpflichen Verrat und all die Schieberpraktiken der Sozialdemokratie verdecken, auch wenn dabei die Wahrheit oder längst feststehende Tatsachen auf den Kopf gestellt werden müssen. Denn anders kann man es nicht bezeichnen, wenn dieser willige Stinnes-Korporal aus einem Artikel des Genossen Ernst Meyer über die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung herauslesen will, daß aus der Vermehrung des Elends einen Aufschwung der Partei erhofft. Dabei aber hat es gerade die Sozialdemokratie selbst in der Hand, den Aufschwung der Kommunistischen Partei zu verhindern. Warum sabotiert sie den Kampf der Arbeiter gegen die fortschreitende Verelendung, warum bekämpft sie die Betriebsräte, die die Verzweiflungsausbrüche der hungernden und frierenden Bevölkerung durch Zusammenfassung der Einzelkämpfe verhindern will? Warum? Warum? Die Sozialdemokratie kann doch immer und überall den Kommunisten den „Mund aus den Segeln" nehmen dadurch, daß sie die Arbeiterschaft zum Kampf gegen die Schieber, Wucherer und gegen die schwarzweißroten Faszisten-Banden aufruft. Die Kommunisten werden sie bei diesem Kampfe nicht nur nicht bekämpfen, sondern werden sie bei diesem Kampfe nicht nur nicht bekämpfen, wie sie es umgekehrt tut, sondern die Kommunisten werden diesen Kampf mit allen Mitteln unterstützen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan . . .

Kasparek läßt Kürbs fallen.

Was die unabhängigen Redakteure in Halle politisch für traurige Jammerlappen sind, das haben wir im „Klassenkampf" des öfteren bewiesen, in der Zeit, da sie den Bankrott ihrer Partei und eigener Firma vorbereiteten. In die Augen springend war das Beispiel des „Revolutionärs" Hennig, der vor dem denkwürdigen Parteitag in Halle mit glühender Begeisterung für den Anschluß an die 3. Internationale unter Anerkennung der 21 Punkte schrieb, der dann in der Stunde der Entscheidung kläglich umfiel, später zum Bolschewistenfresser wurde und der jetzt mit ebenso glühender Begeisterung für den Marsch der USPD. zu Ebert und Noske eingetreten ist. (Siehe Leitartikel der „Dresdner Unabhängigen Volkszeitung", Abschiedsnummer vom 14. 10. 1922.) Auch Kasparek hat in letzter Zeit genügend viele und deutliche Beweise geliefert, daß er nach seinen radikalen „Verirrungen" jetzt besonderer Ehre in der Partei der Thiele und Garbe würdig ist. Im „Volksblatt" hat er jetzt wieder ein Stückchen geleistet, das den Mangel an politisch-journalistischer Charakterstärke bei ihm so vornehmlich zeigt, daß es eigentlich selbst den ehemaligen USPD.-Anhängern zu denken geben sollte.

Es handelt sich dabei um den Stadtverordneten Kürbs, der bekanntlich nicht mit zur VSPD. gegangen ist, sondern in Gemeinschaft mit Otto eine USPD.-Fraktion Lebedourscher Richtung aufrechterhalten will. Kürbs war deshalb im „Volksblatt"-Bericht über die letzte Stadtverordnetensitzung kräftig vermöbelt worden, unter besonderem Hinweis darauf, daß durch die beiden abgesplitterten USPD.-Abgeordneten die VSPD.-Fraktion nicht zum Amt des Stadtverordnetenvorstehers gekommen wäre. Kürbs wies nun in einer Zuschrift an das „Volksblatt" nach, daß dessen Milchmädchenrechnung über die vermutlichen Fraktionsstärken überhaupt nicht stimme. Er erinnert außerdem an die frühere geringe Einschätzung des Vorsteherpostens durch die jetzt so sehnlüchtig nach ihm verlangenden VSPD.-Helden sowie an deren Weigerung, mit den Rechtssozialisten eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft eingehen zu wollen. Kürbs zitiert zum Beweis dafür den heute immerhin interessanten Ausspruch „des heute nicht mehr in Halle weilenden Genossen" (Hennig):

„Ich glaube, es wird wohl kein Genosse unter uns sein, der eine Arbeitsgemeinschaft mit den Rechtssozialisten eingehen wollte. Selbst den Gedanken an so etwas halte ich für uns als undiskutabel. Schon aus Reinlichkeitsgefühl könnten wir das nicht tun. Was sollten unsere Genossen, die außen stehen, wohl von uns, ihren Vertretern, denken."

Was macht nun Kasparek mit der Einsendung von Kürbs? Unterschlagen kann er sie nicht gut, denn Kürbs droht, daß er im Weigerungsfalle den „Klassenkampf" benutzen wolle. Kasparek gibt die Einsendung also wieder, aber mit allen stilistischen, orthographischen Schreibfehlern des Kürbs'schen Manuskriptes und bemerkt dazu heuchlerisch:

„Die Aufnahme erfolgte auch ungekürzt und unverändert, weil wir uns nicht den Vorwurf zuziehen wollten, durch Aenderungen den Sinn verdreht zu haben."

Man merkt auf den ersten Blick, daß die manuskriptgemäße Wiedergabe der Kürbs'schen Erwiderung nichts als eine im höchsten Maße feige Gehässigkeit des VSPD.-Kulis Kasparek gegen den Lebedour-Anhänger Kürbs ist. Wir glauben sogar, die ehemaligen Leser der „Volkszeitung" werden sich erinnern müssen, daß frühere Artikel von Kürbs, in denen er auf uns Kommunisten schimpfte oder gegen den „Klassenkampf" donnerte, für das USPD.-Blatt stets mit besonderer Sorgfalt korrigiert, stilisiert und frisiert worden sind. Nun aber gibt sich Kasparek diese Mühe mit Kürbs nicht mehr. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Solange Kürbs mit bei der Partei der Kommunistenfresser war, galt er als ein tüchtiger Kerl oder mußte wenigstens zu einem solchen gemacht werden. Jetzt aber, da er den Marsch zu Ebert-Stinnes nicht mitmacht, ist er ein ganz trauriger Stümper . . . .

Kasparek ist — meinen wir — in seiner neuen VSPD.-Methode zu plump. Er offenbart mit ihr nur, daß er das ist, was er aus seinen Gegnern machen möchte.

Hallische Kunstschau 1922

Die diesjährige hallische Kunstausstellung, an der sich die „Hallische Künstlergruppe", der „Künstlerverein a. d. Pflug" und die hiesige Ortsgruppe des „Bundes deutscher Architekten" beteiligt haben, vereinigt gänzlich entgegengesetzte Richtungen. Die konservativ-tüchtige ist charakterisiert durch Bilder v. Sallmürcks: ein vermeintlicher Künstler, an dessen Innern nicht einmal unsere traurige Revolution gerüttelt hat, ist wert, von der Kritik in der Arbeiterzeitung übergangen zu werden. Im mittleren Raum stößt der Beschauer auf die Entwürfe der Architekten: Roediger, ein Zwölffamilien-Wohnhaus für die Hallesche Maschinenfabrik, Königer und Kallmeyer, Schaubild der Grube Ludwig bei Paupitsch u. a. Daß die neuen Ideen der Architekten zurzeit fast gar nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden können, liegt natürlich an dem zusammenbrechenden Kapitalismus.

*

. . . Eine eingehende Vertiefung erfordern die dem proletarischen Leben mehr oder weniger nahegerückten Mitglieder der „hallischen Künstlergruppe". Am weitesten entfernt ist noch Kurt Wieschala. Von ihm zeigt die Ausstellung allerdings nur drei Schöpfungen: Selbstbildnis — Proträt Marcuse wie ein gestaltet, wenn man den Dargestellten persönlich kennt; Porträts sind Deine besondere Gabe, lieber „K. W."!) und „Grübler" (ein sehr selbständiges Werk gegenüber den früheren von Rolde u. a. allzu stark abhängigen „Kreuzigung" und „Zwölferkreis"; in dem „Gefangenen" (1921) zeigte sich damals echtes revolutionäres Erleben, auch in den „Freunden": Mann brennt die neue Liebe weiter?). — Karl Völker schafft jetzt wundervolle Kindernaivität von blauer Unschuld, doch Proletarierkinder mit dem Wissen um Ausbeutung in den Zügen (die früheren Mondkugelmenschen sind real, sind wirkliche Menschen geworden).

„Christus und die Kinder" birgt eine kolossale Intensität des Erlebens. Denke Dir, Leser, Christus in flammend-rotem Kleide, umringt von hohen, ziegelroten Mauern eines stickigen Fabrikviertels und vor ihm Kinder, an denen Tuberkulose und Hunger zehrt. Borgt ähnelt in seinem Realismus („Steinsetzer", „Proletarier-Idyll") dem bekannten George Grosz. Seine Plastiken „Prophet" und „Arbeiter" sind reifste Arbeit (in Berlachs Manier). Der Beschauer erkennt sofort: Wieschala ist reformistisch, Völker und Borgt revolutionär.

*

Blühweite Wiesen, rosa Wolken, baumbeschatteter Weiher lebt in J. Sacks (Eisleben) „Vorfrühling", auch im „Parkweg" brennt echte expressionistische Farbenfülle. Wertvolle Gaben sind auch Meßners mattdustende „Obstbäume" und Fischer-Lambergs „Kurpromenade".

Gellhorn ist ein Kapitel für sich. Seine architektonischen Entwürfe sind metaphysisch-abstrakt: exotische Landschaften, hingezaubert in trunkenen Schöpferstunden. Zu unwirklich (das ist der Fluch . . . des Bruno Taut) ausgenommen das Modell des Bureauhauses in der Forsterstraße.

*

Plastische Arbeiten: Paul Horns Denkmal „Pietà", ein mächtiger Ausdruck menschlichen Leides und sieghaft ertragener Qual, die Stehlampe zeigt gute Formbewältigung. Seitlich aimet Grimms „Pagode" indische Tempelschwile.

. . . Ueber der „Kunstschau" ruht das Schicksal aller expressionistischen Ausstellungen: das mehr oder weniger starke Erfassen neuer Wirklichkeit und neuen Menschentums. Immer ist es eine heimliche Freude für den Betrachter, wenn er echten, dem Innersten abgerungenen proletarischen Kunstausdruck (ach wie selten) dabei findet.

Ihr verkannten und so schwer bedrängten Künstler, möchtet Ihr doch alle Eure Aufgabe in der Klarheit erfassen, wie es W. Herzfelde formuliert hat: „Mittel zu sein für den Kommunismus — diese Welt zu zeigen als einen Quell des Lebens und des Werdens, ein Ruf zur Arbeit und zum Kampf, ein Weg mit Schönheiten und Schrecken, mit Lust und Qual, der, wie er immer sei, wert ist, gegangen zu werden, wenn nicht die Peitsche überm Rücken pfeift und nicht die Ketten an den Gliedern zerren."

Der andere K. W.

* **100 Mark Belohnung** (in Buchstaben: Einhundertmark!) setzt der Minister des Innern, Herr Severing fest für denjenigen, der eine im Wasser treibende menschliche Leiche an Land bringt. — Wenn eine Polizeikraft heute 100 Mark bei einem Dollarstand von über 4000 als Belohnung nur noch geben kann, dann muß es sehr schlecht mit ihr bestellt sein. Aber tatsächlich muß es der Republik gar nicht so schlecht gehen, denn sonst könnte der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin nicht 500 000, also ½ Million Mark als Belohnung aussetzen, der ihm die Kommunisten namhaft macht, die die Zusammenstöße vor dem Zirkus Busch „eingeleitet" haben. Man sieht, wenn es gegen Kommunisten geht, ist Geld genug da.

* **Tariflohnberichtigung.** An dieser Stelle wurde vor einigen Tagen der Lohntarifvertrag für die Hausangestellten, abgeschlossen zwischen dem Hallischen Hausfrauenbund und dem Verband der Hausangestellten, veröffentlicht. Darin war vermerkt, daß Reinemachefrauen in kleinen Geschäften für die Stunde 18 bis 20 Mk. erhalten. Diese Vermerkung muß, wie uns der Zentralverband der Hausangestellten mitteilt, dahin richtig gestellt werden, daß sie sich nicht auf voll- und stundenweise beschäftigte Reinemachefrauen in den Kontoren und Betriebsräumen des Handels- und Transportgewerbes bezieht, denn die dort beschäftigten Frauen dieser Art werden nach dem Tarifvertrag für die Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe entlohnt.

* **Uns dem Polizeibericht.** Gestern nachmittag wurde die Feuerwehr nach Wittekindstraße 4 gerufen, wo durch ein überhitztes Ofenrohr ein kleiner Brand entstanden war. Die Wehr konnte nach ½stündiger Tätigkeit wieder abrücken. — Am gleichen Tage wurden zwei männliche Personen von Krämpfen befallen. Beim Fallen erlitten beide erhebliche Kopfverletzungen, so daß sie der Klinik zugeführt werden mußten.

Ziscerben

Geflügeldiebstahl. In letzter Zeit ist in unserem Orte eine Anzahl Geflügel gestohlen worden. So benutzten vor einigen Tagen Diebe die Gelegenheit, die ihnen der große Brand bot, und stahlen dem Arbeiter Karl Gewinner acht Gänse. Die Diebe konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Oppin

Gefährliche Revolverhelden. Unsere Agrarier wissen nicht mehr, was sie mit dem aufgehäuften Papiergeld machen sollen. Sie vergnügen sich darum am Alkohol und denken: Nach uns die Sündflut. Trotzdem ihnen die Republik hohe Profite durch die Ausplünderung der arbeitenden Volksmassen garantiert, sind sie sehr dankbar und wollen ihren Willem wiederhaben. Mit ihrer Gesinnung halten sie auch gar nicht mehr zurück und besonders dann nicht, wenn sie einen über das Maß getrunken haben. So kam vor einigen Tagen der deutschnationale Gemeindevertreter Elste in völlig betrunkenem Zustande in die Sitzung gelärmt: „Ich diene nur meinem Kaiser!" In solchem Zustande vergessen die meisten auch, daß sie noch Geheimnisse zu hüten haben, die besonders die Polizeibehörden und die Staatsanwaltschaft interessieren sollten, nämlich daß sie im Besitze von Waffen sind. Es ist zwar nichts neues, daß die Agrarier sich „für alle Fälle vorgesehen" haben, aber dem sonst so guter Spürsinn unserer Behörden ist es noch nicht gelungen, bei den Bauern Waffen zu finden. Wie gefährlich aber der Besitz von Waffen in den Händen von Leuten sind, die sich selbst nicht mehr in der Hand haben, zeigt, daß vor einigen Tagen der Landwirt Schmidt auf seine Frau, die ihn aus dem Wirtshaus herausgeholt hatte, zwei Schüsse abfeuerte, die aber glücklicherweise nicht trafen. Die Behörden haben die Pflicht, diesem gefährlichen Revolverhelden die Waffe abzunehmen und ihn zur Verantwortung zu ziehen. Sie haben aber auch zu untersuchen, woher die Waffe stammt.

Vorträge

des Bezirks-Bildungs-Ausschusses der KPD., Bezirk Halle-Merseburg

Ort	Raum	Straße	Tag	Datum	Vortrag	Referent
Halle	Produktiv-Genossenschaft	Lerchenfeldstr. 14	Mittwoch	25. Okt.	Die große französische Revolution	B. Koenen
Eilenburg	Volksschule	Südring	Montag	23. Okt. ab 7 Uhr	Gegner der Revolution	Bechstedt
Mittenberg	Freudenberg	Kurfürstenstraße 15	Freitag	27. Okt.	Proletarisches Denken	O. Müller
Zeitz	Wagners Restaur.	Voigtstr.	Mittwoch	25. Okt. ab 7 Uhr	Die Pariser Kommune	Oertel
Merseburg	Funkenburg	Teichstr.	Dienstag	24. Okt. ab 7 Uhr	Literatur	Woehe
Holzweißig	Schulzimmer		Dienstag	24. Okt. ab 7 Uhr	Karl Marx, sein Leben	Schmedewind
Dürrenberg	Schule	Keuschberg	Dienstag	24. Okt. ab 7 Uhr	Valuta und Wirtschaft	Finkelmeier
Delitz a. B.	Schule		Mittwoch	25. Okt. ab 7 Uhr	Geschichte d. Gewerkschaften	Höcker
Schkeuditz	Jugendheim	Schulplatz	Montag	22. Okt. ab 7 Uhr	Histor. Materialismus	Kilian

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: HansÜrban, für Anzeigen Fritz Kroß; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Dreckenfeldstraße 14. Ztlg. Verlag Klassenkampf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0005

Die kommunistische Frau

Der Reichsbetriebsrätekongreß und die Arbeiterinnen

B. B. Die Entwertung der Mark schreitet mit Riesenschritten fort, sie droht das Proletariat in ihren Fall mitzuziehen. Schon heute, wo sich die wahnsinnige Steigerung der Preise der letzten fünf bis sechs Wochen noch nicht im entferntesten ausgewirkt hat, lesen wir Hilferufe und Aufrufe aus Arbeiterkreisen, die sich mit grausigen Elendszahlen über den immer mehr gefährdeten

Gesundheitszustand der Bevölkerung

an die Oeffentlichkeit wenden.

In erster Linie sind die Frauen und Kinder die Opfer dieser Teuerung. Durch die geringeren Löhne, die die Frauen beziehen, werden sie zur Mehrarbeit im Haus und außer Haus, zu einer Herabminderung ihrer Lebensansprüche gezwungen. Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird uns gemeldet, daß sich neuerdings viele verheiratete Frauen zur Fabrikarbeit anmelden, weil auch der Verdienst der Männer nicht ausreicht, wie selbst die bürgerlichen Blätter schreiben Auf der anderen Seite steht das Gespenst der

Arbeitslosigkeit von Tausenden von Arbeiterinnen,

die zuerst auf die Straße fliegen, wenn die Unternehmer es infolge der Kreditnot und enorm gestiegenen Kosten für Rohmaterialien profitabler finden, ihre Betriebe einzuschränken.

Der Widersinn der kapitalistischen Ordnung wird täglich offenkundiger. Das haben bereits Tausende von proletarischen Hausfrauen erkannt. Sie haben gegen die Auswüchse dieses Systems zur Selbsthilfe, zur

Bildung von Kontrollausschüssen,

gegriffen, wenn sie auch erst im Verlauf ihrer Zusammenstöße mit den Organen der bürgerlichen Gesellschaft zur Einsicht kommen werden, daß sie die Ursachen ihres Leidens, das kapitalistische System, beseitigen müssen. Aber die Arbeiterinnen stehen noch abseits. Sie sind noch nicht von der großen Bewegung zum Kampf gegen die Teuerung erfaßt, sie lassen bestenfalls die Kollegen im Betrieb, die Betriebsräte gewähren, wenn diese die Arbeiterschaft zu Gegenmaßnahmen

gegen die Aushungerungspolitik der Bourgeoisie,

zu Betriebsversammlungen, Betriebsrätekongressen zusammenberufen. Sie bleiben diesen Versammlungen und Kongressen fern und lassen die Kollegen unter sich, die den schweren Kampf gegen die Wucherer, gegen die Unternehmer allein organisieren sollen. Sie sind zu sehr von ihren eigenen Sorgen, von der nagenden Qual erfüllt, wie sie sich und ihre Familie vor Hunger, Kälte und Krankheit schützen sollen. Und sie bedenken nicht, daß alles Quälen, Rechnen und Sorgen allein im stillen Kämmerlein, alles Rackern um größeren Verdienst nichts nützt, solange sie nicht mit ihren Männern und Brüdern ihren Kampf gegen die fortschreitende Verelendung, um die Kontrolle der Produktion und ihre zweckmäßige Verteilung aufnehmen.

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen Teuerung und Wucher, die Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Kampforgans durch den

Reichsbetriebsrätekongreß

können keinen vollen Erfolg bringen, solange die Millionen in der Produktion tätigen Frauen, die mehr als ein Drittel der gesamten Berufstätigen bilden, diesem Kampf fernstehen. Der Bourgeoisie, die noch im Besitz der vollen staatlichen, wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel ist, im Kampfe etwas abringen, kann nur ein Proletariat, daß sich auf die Einsicht und den Kampfeswillen der Mehrheit der männlichen und weiblichen Arbeiterschaft stützt, von der todesmutigen Entschlossenheit dieser Mehrheit getragen wird. In diesem schweren Ringen zwischen den Vertretern zweier Welt- und Gesellschaftsordnungen, zwischen der noch herrschenden, aber zum Untergang verurteilten Bourgeoisie und dem an Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung zwar überlegenen, aber in sich gespaltenen und auch an seine Mission noch nicht glaubenden Proletariat, kann es keine Neutralität, kein Beiseitestehen geben. Nur zu gut machen sich die Kapitalisten diese Gleichgültigkeit der Arbeiterinnen zunutze, indem sie sich ihrer zum Lohndruck und als Streikbrecher gegen die revolutionären, vorantürmenden Arbeiter bedienen.

Es ist daher eine unserer dringendsten Pflichten, gerade die jetzt einsetzende Brotpreisverteuerung zu einer planmäßigen Aufrüttelung und Mobilisierung der Arbeiterinnen zum Kampf gegen die Teuerung auszunutzen. Diese Notwendigkeit wurde sehr stark auf der

Frauenreichskonferenz der KPD.

unterstrichen, die am 28. September in Berlin tagte. Zur Schaffung von Kontrollausschüssen und ihres energischen Vor- Bezirks- und Reichsbetriebskongressen, zur Zusammenfassung von Bezirks- und Reichsbetriebskongressen, zur Zusammenfassung dieser lokalen Bewegungen und zur Schaffung eines Kampforgans für die Kontrolle der Produktion müssen die breiten Massen der Arbeiterinnen herangezogen, muß ihre aktive Mitwirkung, ihre Mitberatung, ihre Mitverantwortung für die Organisation dieses Kampfes gesichert werden. Wie kann der Betriebsrätekongreß im Namen des gesamten Proletariats sprechen, Beschlüsse fassen und sie durchführen, wenn nur die eine Hälfte des Proletariats an der Beschlußfassung mitwirkt? **Erst dann, wenn die Arbeiterschaft in ihrem schweren opferreichen Kampfe um ihre Existenz und Erhaltung als Klasse auch die Arbeiterinnen einzureihen versteht, wird sie über ihre Feinde den Sieg davontragen.**

Es muß sich wenden!

Ich haö' es mir zum Trost ersonnen
in dieser Zeit der schweren Not,
in dieser Blütezeit der Schufte,
in dieser Zeit von Salz und Brot.

Ich zage nicht, es muß sich wenden
und heiter wird die Welt ersteh'n,
es kann der echte Keim des Lebens
nicht ohne Frucht verloren geh'n.

Der Klang von Frühlingsungewittern,
vor dem wir schaudernd sind erwacht,
von dem noch alle Wipfel rauschen,
er kommt noch einmal, über Nacht!

Und durch den grauen Himmel rollen
wird dieser letzte Donnerschlag;
dann wird es wirklich Frühling werde
und hoher, heller, goldner Tag.

Heil allen Menschen, die es hören,
und Heil dem Dichter, der dann lebt
und aus dem offnen Schacht des Lebens
den Edelstein der Dichtung hebt.

Theodor Storm.

Das gerupfte Huhn

Von Bolton Hall

„Schlechte Zeiten", klagte das gerupfte Huhn.

„Was fällt Ihnen ein", meinte die Ratte. „Es sind Zeiten des Wohlstandes. Sehen Sie doch, wie ich mein Nest mit Federn ausgepolstert habe."

„Ja", sagte das gerupfte Huhn. „Sie haben alle meine Federn genommen."

„Sie dürfen nicht glauben", warf die Ratte ein, „daß mein größerer Reichtum Ihre größere Armut bedeute"

„Aber", sprach das Huhn. „Sie produzieren keine Federn, und mir, das sie produziert, bleiben keine."

„Wenn Sie Ihre Zähne benutzen wollten", unterbrach die Ratte.

„Ich . . ." rief das gerupfte Huhn.

„Dann könnten Sie . . ."

„Ich . . ."

„Ebensoviel zurücklegen, wie ich", ergänzte die Ratte.

„Verzeihen Sie, daß ich auf der Welt bin", sagte das gerupfte Huhn, „aber . . ."

„Gäbe es keine Konsumenten wie mich", beteuerte die Ratte, „so wäre auch nach den von Ihnen produzierten Federn keine Nachfrage.

„Ich werde für eine wirtschaftliche Umwälzung stimmen", ereiferte sich das gerupfte Huhn.

„Nur jene, die Federn besitzen, haben Stimmrecht", entgegnete die Ratte.

(Aus dem Amerikanischen von Hermynia zur Mühlen.)

Praktische Frauenpropaganda

Spricht man in Versammlungen, Konferenzen, Sitzungen über die Notwendigkeit der verstärkten Agitation unter den Frauen, so kann man sehr oft — und zwar meist von geschulten Funktionären und eifrigsten Mitarbeiterinnen — den Einwand zu hören bekommen: „Ach, mit den Frauen ist nichts anzufangen, die sind viel zu indifferent! Sind sie jung, haben sie Liebesgeschichten und Heiratssachen im Kopf. Sind sie älter und verheiratet, haben sie die Sorgen mit dem Mann und den Kindern. Und sind sie alt, dann sind sie müde und hoffnungslos. Nein, mit den Frauen ist nichts zu machen!" Die so sprechen, sprechen aus Erfahrung, denn tatsächlich ist die Interesselosigkeit der Frauen an politischen und wirtschaftlichen Fragen groß. Wir müssen uns nun die Frage vorlegen, woher denn eigentlich diese Teilnahmslosigkeit der Frauen am inneren Parteileben und an den allgemeinen proletarischen Kämpfen kommt? Und da tritt immer und immer wieder eines klar zutage: Die Frauen haben wirtschaftlich mehr zu leiden als die Männer und es wird praktisch viel zu wenig getan, um den Frauen wenigstens das Uebermaß ihrer Leiden abzunehmen. Wenn wir die Frauen aus ihrer Gleichgültigkeit heraus und politischer Betätigung zuführen wollen, müssen wir versuchen, ihre trostlose Lage wenigstens so weit zu bessern, daß sie nicht schlimmer ist wie die des proletarischen Mannes.

Dazu müssen wir in den Gewerkschaften und überall dort, wo über Lohnverhältnisse und Arbeitsbedingungen entschieden wird, darauf hinwirken, daß die Löhne der Frauen den erhöhten Preisen angenähert und bei gleichen Leistungen die gleichen Löhne bezahlt werden. Es ist eine traurige Tatsache, auf die nicht oft genug verwiesen werden kann, daß sich die Gewerkschaften der praktischen Durchführung dieser Forderungen nur sehr schwer nähern. Wird es doch auch als selbstverständlich (vielleicht auch, weil althergebracht?) angesehen, daß die Frauen nicht nur niedrigere Zeitlöhne bekommen als die Männer, oft sogar noch niedrigere als die jugendlichen Hilfsarbeiter, sondern sie auch im Stücklohn viel geringer entlohnt werden

Vielfach wird diese falsche Lohnpolitik damit begründet, daß die Unternehmer bei gleichem Lohn die Frauen entlassen würden. In dem einen oder anderen Falle (Banken) mag ja das vielleicht auch zutreffen (obwohl wir auch hier glauben, daß die Entlassung der Frauen von den Unternehmern vorwiegend oder allein aus diesem Grund vorgenommen wurde). Aber von einzelnen Fällen abgesehen: Man kann doch nicht im Ernst annehmen, daß die Frauen — selbst wenn die Arbeitslosigkeit unter den Männern noch mehr um sich greifen würde — aus den Industrien, in denen sie heute tätig sind, so einfach entfernt und durch Männer ersetzt werden würden. Dagegen tritt das Umgekehrte ein: An Stelle des höher entlohnten Arbeiters tritt heute wieder die billigere weibliche Arbeitskraft, für deren wirtschaftliche Gleichstellung man in den Zeiten der Konjunktur vorzusorgen verabsäumt hatte. So rächt sich die falsche Lohnpolitik, für die nicht nur allein die Frauen — durch ihre Passivität — sondern noch viel mehr die Männer — durch die Nichtbeachtung dieser wichtigen Frauenforderung — verantwortlich sind an der gesamten Arbeiterschaft: das allgemeine Lohnniveau wird herabgedrückt, die Verelendung der Arbeiterschaft beschleunigt.

„Aber sind denn daran nicht doch hauptsächlich die Frauen schuld? Warum rühren sie sich denn nicht selbst? Warum sind sie — auch wenn man sie vorwärtsdrängen will — so passiv?" Wir haben schon aufgezeigt, welchen Ursachen die Teilnahmslosigkeit der Frauen entspringt. Dazu kommt noch, daß die Frauen die häuslichen Arbeiten als Nebenarbeit verrichten müssen. Sie können nicht so wie die Männer sich von anderen das Essen zubereiten, die Wäsche waschen, die Wohnung wohnlich und behaglich machen lassen, denn ihre Mittel erlauben ihnen das nur in den seltensten Fällen. Sie müssen das alles nicht nur für sich allein, sondern auch für ihre Familien tun. Wenn in irgendeinem Industriezweig die Männer so elende Löhne bekommen würden, daß sie gezwungen wären, nach Feierabend noch einige Stunden zu arbeiten oder morgens früher zu arbeiten, so würden sie von ihren Genossen sehr gründlich darüber belehrt werden, daß sie sich bessere Löhne erkämpfen müssen, statt sich zu Tode zu arbeiten, und sie können der Unterstützung der ganzen Arbeiterschaft sicher sein. Die häusliche Arbeit der erwerbenden Frau ist eine solche Ueberarbeit, aber niemand hilft ihr, daß sie von dieser Last befreit wird, im Gegenteil: daß sie es machen muß, wird als selbstverständlich angesehen.

Wollen wir also das Verständnis der proletarischen Frauen für den Klassenkampf wecken, dann müssen wir vor allem darauf hinwirken, daß die wirtschaftliche Mehrbelastung von ihnen genommen wird durch entsprechende Lohnpolitik und Mithilfe bei der Umwandlung des drückenden Einzelhaushaltes in gesellschaftliche Organisationen: wie Einküchenhäuser, Gemeinschaftsküchen usw. So werden die Frauen Zeit und Kraft für volle politische Betätigung finden.

Der Amateursozialist

53] Roman von Bernhard Shaw

Erskine wurde zornig und spöttisch. Der Verfall beleidigte sein poetisches Gefühl. Anstatt daß sein Herz von einem tragischen Schmerz erfüllt war, wie ihn ein patriotischer Märtyrer unter ähnlichen Umständen empfunden hätte, fühlte er sich verhöhnt und verspottet. Und was ihm zuerst als ganz selbstverständlich erschienen war, daß Trefusis tief unter ihm stehe, das war ihm jetzt gar nicht mehr so sicher.

Er blieb unter den Bäumen stehen, bis Trefusis wieder erschien, um nach Hause zu gehen. Er machte dabei, wie Erskine dachte, mit seinen Absätzen auf dem Kies ein Geräusch, das ein ganzes Regiment ein erzogener Menschen nicht hervorgebracht hätte. An dem Wärterhäuschen fragte er noch etwas und ging dann hinaus, und seine Schritte erstarben in der Dunkelheit.

Erskine war steif und erfroren und hatte eine Empfindung, als ob er sich eine böse Erkältung zugezogen hätte. Als er ins Haus hineinkam, war er froh, daß sich Gertrude schon zurückgezogen hatte und daß Lady Brandon, trotzdem sie bestimmt glaubte, er sei in der Dunkelheit in den Fluß hineingefahren, doch ein warmes Abendessen für ihn bereit gehalten hatte.

Fünfzehntes Kapitel

Erskine fand jetzt Stoff genug, seinem neu erworbenen bitteren Spott nachzuhängen. Gertrudes Benehmen gegen ihn wurde so milde, daß er glaubte, sie hätte ihr Herz seinem Nebenbuhler geschenkt und wollte ihn jetzt zu einem Antrag bewegen, um ihn zurückzuweisen. Sir Charles, dem er den Auftritt in der Allee erzählt hatte, drückte ihm sein Mitgefühl aus, aber er schien auch zugleich befriedigt zu sein, weil hinter Trefusis' Aufmerksamkeiten gegen Agatha keine ernsthaften Absichten steckten. Daraufhin schrieb Erskine drei bittere Sonette über falsche Freundschaft und zeigte sie Sir Charles, der nicht wußte, daß sie sich auf ihn bezogen, und sie sehr lobte. Sir Charles zeigte sie dann Trefusis, ohne den Autor um Erlaubnis zu bitten. Trefusis bemerkte nur, in einer verdorbenen Gesellschaft zeugten Ausdrücke des Mißvergnügens immer von dem Feingefühl eines Schriftstellers, aber sonst lobte er die Verse nicht viel.

„Wie ist er denn auf solche Sachen gekommen?" fragte er. „Hat er in der letzten Zeit irgendeine Enttäuschung erlitten? Hat er Miß Lindsay einen Antrag gemacht und eine Absage bekommen?"

„Nein," sagte Sir Charles, erstaunt über diese offene Anspielung auf einen Gegenstand, über den sie nie vorher gesprochen hatten. „Aber er beabsichtigt auch nicht, Miß Lindsay einen Antrag zu machen."

„Er hat aber die Absicht gehabt?"

„Gewiß wollte er das tun, aber er hat die Idee aufgegeben."

„Warum?" fragte Trefusis und mißbilligte offenbar sehr diese Sinnesänderung.

Sir Charles zuckte mit den Schultern und gab keine Antwort.

„Es tut mir leid, daß ich das höre. Ich wollte, Sie könnten ihn bewegen, diesen Entschluß aufzugeben. Er ist ein prächtiger Mensch und kann ganz anständig leben, obgleich er nach Ihren Anschauungen ein armer Mann ist, so daß sie ihn vollständig uneigennützig heiraten kann. Es wird ganz gut für sie sein, wenn sie jemand heiratet, der ihr keinen pekuniären Vorteil bietet. Sie wird viel mehr Selbstachtung empfinden. Denn wenn sie auch aus Liebe heiratet, so wird es ihr doch nicht am Lebensunterhalt fehlen, und sie braucht ihren Mann nicht wegen seiner Abkunft zu verachten. Machen Sie eine Partie daraus, wenn Sie eben können. Ich interessiere mich für das Mädchen, es hat gute Anlagen."

Sir Charles' Vermutung, Trefusis mache Agatha wirklich den Hof, kehrte nach dieser Unterredung zurück. Er wiederholte sie Erskine, der sich ärgerte, daß man seine Gedichte einem Leser von Staubsüchern gezeigt hatte, und im übrigen glaubte, Trefusis wollte damit nur seine Absichten auf Gertrude verbergen. Sir Charles wollte diese Ansicht nicht gelten lassen, und die beiden Freunde gerieten scharf aneinander, als sie sie besprachen. Nach dem Diner, als die Damen weggegangen waren, drängte Sir Charles nachgiebig und herzlich Erskine, er sollte mit Gertrude sprechen, ohne sich an die Aufrichtigkeit Trefusis' zu stören. Aber Erskine wußte, daß er eine Abweisung nicht ertragen konnte, und es widerstrebte ihm, sich einer solchen Gefahr auszusetzen.

„Hätten Sie den Ton ihrer Stimme gehört, als sie ihn fragte, ob er im Ernst sei, Sie würden nicht so zu mir sprechen," sagte er mutlos. „Ich wollte, er wäre nie hierhergekommen."

„Nun, das war wenigstens nicht meine Schuld, mein lieber Freund," sagte Sir Charles. „Er kam gegen meinen Willen hierher. Aber jetzt, da es scheint, daß er wegen des Rasens im Recht ist — wenigstens gesetzlich — würde es gehässig aussehen, wenn ich ihn schnitte. Uebrigens ist er wirklich kein schlechter Mann, wenn er nur die Mädchen in Ruhe ließe."

„Wenn er mit Miß Lindsay sein Spiel treibt, werde ich ihn bitten, über den Kanal zu kommen, und mich mit ihm schießen."

„Ich glaube nicht, daß er mitkommen würde," sagte Sir Charles zweifelnd. „Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, ich versuchte sofort mein Glück mit Gertrude. Trotz allem, was Sie gehört haben, glaube ich nicht, daß sie einen Mann von seiner Herkunft heiraten würde. Sein Geld gibt ihm ja gewiß einige Aussichten, aber Gertrude hat schon reicheren Männern, als er ist, den Laufpaß gegeben."

„Ich will ehrlich gegen ihn sein," sagte Erskine. „Ich irre mich vielleicht, denn alle Menschen können sich in ihrem Urteil über sich selbst irren, aber ich glaube doch, daß ich sie glücklicher machen könnte, als er es kann."

Sir Charles war dessen nicht ganz gewiß, aber er entgegnete freundlich: „Gewiß. Er ist überhaupt nicht der Mann für sie, aber sie sind es. Er weiß das auch selbst."

„Pah!" murmelte Erskine und erhob sich verächtlich. „Wir wollen hinausgehen."

„Uebrigens, wir müssen ihn morgen besuchen und sein Haus und die Photographien besichtigen. Die Photographien! Ha, ha!"

„Der Teufel hole sein Haus!" sagte Erskine.

Am nächsten Tage gingen sie nach Sallusts Haus. Es stand mitten auf einem Felde, das mit Ausnahme eines Küchengartens unbebaut war. Das Wärterhäuschen am Eingang war unbewohnt, und vor dem offen stehenden Tor waren Schmutz und abgefallenes Laub aufgehäuft. Zwei verlaufene Ponys, eine Ziege und ein Vagabund, der auf dem Rasen schlief, hatten so Eingang gefunden. Das Weib des Vagabunden saß in der Nähe und bewachte ihn.

„Ich möchte am liebsten wieder gehen," sagte Sir Charles und sah sich voll Ekel um. „Der Platz ist schändlich vernachlässigt. Sehen Sie nur, wie der Lump da direkt vor den Fenstern schläft."

„Ich bewundere seine Kühnheit," sagte Erskine. „Uebrigens ein hübsches Paar Ponys."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221023-12/fragment/page=0006